

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 40 vom 4. Oktober 1985

19. Jahrgang

1 DM

Beziehungen

Sonntagabend im „1.“: Angekündigt ein Bericht über die Praktiken der Abschreibungsbranche. Stattdessen ein Bericht über Transport gefährlicher Güter. Grund: Einsprüche einer bayerischen Gruppe von Finanzjongleuren, offensichtlich, wie sich nun herausstellt, mit besonders guten Beziehungen zur CSU.

Zwar hätten die Juristen des SDR die Sendung für rechtlich einwandfrei erklärt, die Leitung des Senders aber forderte trotzdem ihre Absetzung. Grund: Da werde das Bild einer Branche so massiv gezeichnet, daß es sich geschäftsschädigend auswirken könnte und deshalb drohten möglicherweise Schadensersatzansprüche.

Nun: Diese Begründung macht deutlich, in welcher Weise das „Bild der Branche“ da massiv gezeichnet wurde. Offensichtlich wurden skrupellose Geschäftemacherei, Steuerbetrug und Kundenbetrug angeprangert und das hätte sich vielleicht tatsächlich irgendwo auch geschäftsschädigend auswirken können. Da aber die Hauptmasse der Zuschauer gar nicht in der Lage ist, solche Geschäfte zu tätigen, ist die Begründung ziemlich fadenscheinig. Da soll wohl auch verhindert werden, daß bekannt wird, in welchem Maße die in der politischen Propaganda der bürgerlichen Parteien auch so gebeutelten reichen Steuerzahler eben dies nicht tun: Zahlen, was sie müßten.

Ein Stück Wirklichkeit der BRD war es, das da auf die schnelle wegzensiert wurde. Mit einer Begründung, die im übrigen auch kommender Willkür Tür und Tor öffnet, denn damit läßt sich beinahe jede kritische Sendung verbieten.

Die Fälle solcher Art Zensur — die immer noch angeblich nicht stattfindet — häufen sich in letzter Zeit im Fernsehen, wo sich andererseits blank — aber verkappte — Werbesendungen häufen. Auch eine Wende.

Wir trauern um Günther Sare

Am Samstag starb Günther Sare, getötet durch einen Wasserwerfer der Polizei. Unfall, schreiben die Zeitungen. Seit wann nennt man es Unfall, wenn ein Wasserwerfer seine Scheinwerfer auf einen Menschen richtet, der vor ihm zu fliehen sucht und ihn dann überrollt?



Wir behaupten nicht, daß die Mannschaft des Wasserwerfers Günther Sare absichtlich mit ihrem 40 Tonnen schweren Gefährt überrollte. Die Alternative heißt nämlich nicht Unfall oder bewußte Tötung.

Bereits heute, ohne jegliche Untersuchung durch die Ermittlungsbehörden oder den vom hessischen Innenminister Winterstein damit

beauftragten Präsidenten des hessischen Staatsgerichtshofes steht fest, daß die Polizei die Verantwortung für Günther Sares Tod trägt.

Wer derartig viel Polizei aufbietet, um eine NPD-Kundgebung zu schützen; wer fünf Wasserwerfer gegen 600—700 Demonstranten in Bewegung setzt; kurz: wer einen bürgerkriegsähnlichen Polizeieinsatz plant und

durchführt, der kalkuliert die Gefährdung von Menschenleben ein. Und das war in Frankfurt — und nicht nur in Frankfurt — am letzten Samstag nicht zum ersten Mal der Fall.

Diese — staatliche — Gewalt gehört öffentlich angeklagt. Aber sie wird totgeschwiegen, gelobt, zu noch mehr „Durchgreifen“ aufgefordert. Stattdessen werden andere als Gewalttäter, als Gefahr für die Demokratie angegriffen. Die berüchtigte „Solidarität der Demokraten“ richtet sich gegen die Demonstranten, die nach dem Tod von Günther Sare in ohnmächtiger Wut auf die Straße gezogen sind und dabei, wie es in schönem demokratischen Amtsdeutsch heißt, „Sachschaden“ angerichtet haben. Um wieviel DM dieser Sachschaden anwächst, erfährt der Fernsehzuschauer jeden Tag. Über Günther Sare erfährt er nichts. Denn für ihn hatten die Fernseh-Anstalten noch nicht einmal einen Nachruf übrig.

(Ausführliche Berichterstattung auf den Seiten 6/7)

Gesichtspunkten „reiner Wirtschaftlichkeit“ von den Kapitalisten beurteilt wurde. Eine ganz zentrale Rolle bei den Gewinnhoffnungen der Kapitalisten spielten dabei damals wie heute stets die staatlichen Subventionen — Milliarden Steuergelder wurden hier bereits abkassiert, weitere winken.

Zum anderen zeichnen sich gerade bei dieser WAA durchaus neue Supersubventionen ab. Heute ist das Projekt auf rund 10 Milliarden DM bis zur geplanten Betriebsfertigkeit in etwa zehn Jahren berechnet. Vergleicht man diese Planung mit bisherigen in diesem Bereich, etwa mit dem „Schnellen Brüter“, so ergab sich, ganz ähnlich wie im benachbarten Rüstungsbereich, im Endeffekt stets ein Vielfaches an Kosten der ursprünglichen Rechnung, und dies ganz maßgeblich auf „Staatskosten“.

Fortsetzung auf Seite 2

Diese Woche



**Sonderbericht-
erstattung:
Tod in Frank-
furt, Proteste
im ganzen Land
Seite 6 und 7**

**DKP-Thesen:
Weiter auf
nicht-
marxistischem
Weg —
Seite 11**

Schröder umgetauft

Nach dem Wahlsieg Oskar Lafontaines an der Saar wurden die Profilierungsversuche des niedersächsischen SPD-Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 86, Gerhard Schröder, mit seiner Umtaufe in Oskar Schröder honoriert. Nach dem Wahlsieg Johannes Raus an der Ruhr war er schon wieder beim Standesamt: Jetzt heißt er Johannes Schröder.

So jedenfalls könnte man den jüngsten Schwenk der SPD/Niedersachsen charakterisieren, was die Frage der Koalition mit den Grünen angeht. Was natürlich nicht nur mit vorherigen Landtagswahlen zu tun hat, sondern auch mit Raus Kanzlerkandidatur.

Darüber hinaus aber noch mit einer Reihe sozialdemokratischer Spekulationen. Beispielsweise der, die SPD haben nun bereits genügend Wähler auf der linken Seite wieder eingesammelt und müsse sich dementsprechend zur sogenannten Mitte hin

orientieren. Oder der einer bereits akuten Krise der Grünen — aus solchen Erwägungen wohl auch Schröders Angebot an Otto Schily als Person, er könne als parteiloser Minister in sein Kabinett kommen. Ohne sich näher in die Spekulationen bürgerlicher Wahltaktik zu begeben — ein besonders plumper Spaltungsversuch. Schröder, der sich in seiner Kampagne als neuer „Kopf“ propagieren läßt, setzt somit ganz deutlich auf die Rau-Linie, des Sich-Profilierens als der bessere, sachlich fähigere Sachwalter kapitalistischer Dinge.

Bombenüberfall auf Tunesien

Der israelische Terror gegen arabische Völker wurde am Dienstag auf eine neue Stufe gehoben: Der Bombenüberfall auf Tunesien ist eine dermaßen eindeutig verbrecherische Aktion, daß von den Stützen Israels nur noch die US-Imperialisten es wagten, offen für diesen Massenmord Stellung zu nehmen.

Dies ist weit mehr als eine der „üblichen“ völkerrechtswidrigen sogenannten Strafaktionen israelischer Kommandos, dies ist ein kriegerischer Überfall auf einen entfernt liegenden Staat unter dem durchsichtigen Vorwand, dort die PLO treffen zu wollen.

Washingtons schnelle Unterstützung läßt einmal mehr

darauf deuten, daß diese Aktion dort schon vorher bekannt war. Wenn in Bonn jetzt heuchlerisch „Verhandlungen“ gefordert werden, soll das darüber hinwegtäuschen, daß der aggressive Kurs Tel Avivs unterstützt wird, und daß es Israel ist, das keine Verhandlungen will, sondern mit Bomben Fakten schaffen.

Ladenschluß soll ausgehebelt werden

Ganz auf die schnelle und — wieder einmal — ganz im Gegensatz zu kurz vorher geäußerten Kanzlerworten hat die Bundesregierung die vom großen Handelskapital so lange ersehnte Attacke auf das Ladenschlußgesetz unter-

nommen. Noch vor Weihnachten soll dieses Gesetz novelliert werden und zwar so, daß künftig Landesbehörden darüber entscheiden können, ob in Bahnhofsgebieten (Verknüpfungsstellen zwischen Fern- und Nahverkehr, was mehr bedeuten kann) aus Gründen auch „der öffentlichen Sicherheit“ alle Tage von 6 bis 22 Uhr verkaufen werden kann.

Über die durch solche Formulierung entstehenden zahlreichen Grenzfälle wird die bisherige Bestimmung

des Ladenschlußgesetzes faktisch zumindest längerfristig gesprengt werden.

Die Verlierer dieser Aktion sind die Verkäuferinnen, die zusätzlich zu ihren bisherigen miserablen Arbeitsbedingungen auch noch zur Schichtarbeit und zur weiteren Mehrarbeit gezwungen werden. Dies war stets der Hauptgrund für die ablehnende Haltung der Gewerkschaftsbewegung, insbesondere natürlich der Gewerkschaft HBV gegen diese Veränderung.

Erste Genehmigung für Wackersdorf

Das bayerische Milliardenending

In der letzten Woche erteilte die bayerische Landesregierung die erste Teilerrichtungsgenehmigung für die WAA in Wackersdorf. Nachdem sich Bayern in Konkurrenz zu Niedersachsen durchgesetzt hatte, kam es offensichtlich darauf an, nun auch schnell Tatsachen zu schaffen. Spekulationen über einen Mißmut der Konzerne an diesem Projekt widersprechen den Tatsachen.

Liest man verschiedene Veröffentlichungen (sei es das Buch „Plutoniumwirtschaft“ von Klaus Traube oder entsprechende Artikel im „Spiegel“ und viele andere), kann Erstaunen über die dort immer wieder vertretene These eines Unwillens maßgeblicher Kapitalkreise am Projekt WAA (aus Gründen mangelhafter Wirtschaftlichkeit) auftreten. Diese These widerspricht Sachlage und Erfahrungen.

Einmal sollte daran erinnert werden, daß in den verschiedenen Positionspapieren der Kapitalisten und ihrer Verbände unter der Rubrik „Investitionsstau“ immer auch die Atomwirtschaft und speziell auch die WAA genannt wurden — damals, als sie begründeten, warum sie eine Wenderregierung haben wollten. Denn Tatsache ist, daß solche Projekte auch in der Vergangenheit keineswegs nur nach

Prinzipien — Entscheid

Eine Große Koalition aus CDU/CSU, FDP und SPD hat also nun die Volkszählung 87 beschlossen. Mit dem Kernargument, man brauche Zahlen, um Politik machen zu können (immer wieder als Beispiel genannt: der Wohnungsbau) soll sie nun also stattfinden. Der Mikrozensus dieser Tage ist vorüber, jetzt kann es echt losgehen.

Daß zahlreiche Fachleute — durchaus Anhänger der Volkszählung — betonen, solch genauen Zahlen wie da in der Debatte angeführt werden, könnten durch diese Zählung gar nicht erbracht werden, spielte keine Rolle. Überhaupt spielten konkrete Argumente in der Auseinandersetzung kaum eine Rolle.

Viel wichtiger schien es den verschiedenen Befürwortern der Volkszählung offensichtlich, daß sie einfach gemacht wird. Weil: Wo käme man denn da hin, wenn eine staatlich geplante Sache nur deshalb abgesetzt wird, weil es Widerstand „von unten“ gab? Es ging ums Prinzip und um kein unwichtiges dieser Republik, um ein autoritatives. Und eben deshalb hat die SPD vor allem die Kurve gekriegt von einstiger Planung über zwischenzeitliche Ablehnung zur schließlichen Zustimmung.

Hinzuzufügen wäre: Auch ohne Zählung dürfte klar sein, daß einerseits gute, billige Wohnungen fehlen. Und andererseits bei den großen Hausbesitzern vor allem auf mehr Gewinn gehofft wird. Und dieses Verhältnis und nicht die Zahlen werden Politik entscheiden.

Der Eiertanz

Die Rede ist vom Landesparteitag der SPD in Nordrhein-Westfalen und seiner Debatte über den schnellen Brüter von Kalkar. Es gab einen Antrag der eindeutig „Nein zu Kalkar“ hieß. Der wurde nicht angenommen. Stattdessen wurde ein Beschluß gefaßt, der auch unter der Überschrift „Nein zu Kalkar“ läuft, aber in Wirklichkeit „Ja“ heißen müßte. Denn das Nein wird an verschiedenste Dinge gebunden, die gar nicht wirklich zu entscheiden sind, bzw. kaum überprüfbar. Von den Uranvorräten bis sonstwas soll da noch untersucht werden — mit anderen Worten: Spielraum geschaffen für einen „Kanzler aller Bürger“ namens Johannes Rau, der auch mit einem entsprechenden Stimmresultat gewählt wurde.

So kann um Kalkar weiterhin taktiert werden, der THTR in Hamm erschien annehin außerhalb der Debatte. Da bleibt an echten Fortschritten nichts, da bleibt nur zu registrieren, daß eine flexiblere Taktik eingeschlagen wird als früher. Der zum Beispiel dürfte auch ein Herr Niggemeyer bei den Wahlen zu den Beisitzern zum Opfer gefallen sein. Der Herr Major wird sich sicherlich grämen.

Deutlich wurde auf diesem Landesparteitag, daß auch dieses Mal eine SPD-Alleinregierung in NRW keine Politik machen wird, die sich gegen die Bonner Wende richtet, wie es schon während der Landtagsdebatten um den kommenden Haushalt deutlich geworden war — auch Rau steuert auf Sparkurs und dabei durfte der Parteitag ihn nicht stören, er will doch Kanzler werden.

Die wesentliche Botschaft dieses Landesparteitages ist dann auch nicht die, daß ein Aufbruch irgendwohin erfolge, es sei denn zum Versuch, einen Kanzler Rau als besseren Geschäftsträger darzustellen. Inhaltlich soll alles „beim alten“ bleiben. Wenn es nach Rau geht und nach denen, die ihn stützen.

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 439692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abogebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehe. Dem „Roten Morgen“ liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU-R, KG (NHT), KPD, PA“ bei.

Das bayerische Milliardenending

Fortsetzung von Seite 1

Drittens muß ganz entscheidend auch die militärische Dimension der Sache mitberücksichtigt werden.

Hier ist die WAA unbestritten Bestandteil der Möglichkeiten für den Bau „der Bombe“. Der Einwand, es gäbe im wesentlichen doch gar keinen politischen Willen zu diesem Bau, muß zumindest ernsthaft in Frage gestellt werden. Anlässlich der kürzlichen Alternativ-Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrages, über die auch der RM ausführlich berichtete, wurde deutlich, daß es sich so einfach nicht verhält. Daß es, im Gegenteil, eine politische Strömung gibt, die eine Strategie für den Zeitraum bis 1995 hat, um bis dahin den eigenen BRD-Zugang zu Atomwaffen zu verwirklichen — was zeitlich und räumlich zur WAA paßt, denn diese Strömung ist vor allem in der bayerischen CSU angesiedelt, in erster Linie von

Strauß vertreten. Räumlich auch insofern, als Bayern ohnehin ein Zentrum der westdeutschen Rüstungsindustrie darstellt.

Und schließlich sollte auch an die traditionelle enge Verbindung des bayerischen Ministerpräsidenten gerade mit den Konzernen erinnert werden, die sowohl in der Rüstung als auch im Atomgeschäft — und es sind nicht

zufällig oft dieselben — eine führende Rolle spielen, am deutlichsten etwa der Siemens-Konzern.

Stunden hinter der WAA „nur“ einige Politikerinteressen, wäre auch der Umfang der Maßnahmen, die von der bayerischen Landesregierung zur Durchsetzung des Projekts ergriffen wurden, kaum erklärbar. Da wurden ja nicht nur beim TÜV Bayern Gefälligkeitsgutachten bestellt und abgeholt, die von allen unabhängigen Experten als geradezu skandalös betrachtet werden. Da gab es



auch Gesetzesänderungen größeren Umfangs im ganzen Verwaltungsbereich, wurde das Einspruchsrecht der Landräte ebenso gekappt wie gerichtliche Möglichkeiten für Einzelkläger, denen eine ganze Instanz genommen wurde. Und es wurde mit dem außerordentlichen Mittel einer sofortigen Vollziehbarkeit des Genehmigungsbeschlusses gearbeitet. Daß sozusagen vorbeugend die ganze Region um Wackersdorf zu einer Art Notstandsgebiet erklärt wurde, in dem Polizeikontrollen mit Maschinenpistolen fast schon an der Tagesordnung sind, rundet dieses Bild nur noch ab.

All diese Tatsachen sprechen weit eher dafür, daß es sich bei der WAA um ein Projekt handelt, daß für maßgebliche Teile der Kapitalisten von enormer Wichtigkeit ist.

Alles ist dafür vorbereitet, dieses neueste Großprojekt kapitalistischen Profitstrebens auch gegen massiven Widerstand durchzusetzen. Und dieser ist, nicht nur mit der Demonstration am 12. Oktober, angekündigt.

Deutsche Bischofskonferenz in Fulda

Haßtiraden gegen alles Fortschrittliche

Seit bald 130 Jahren gibt es die Bischofskonferenz in Fulda — seit rund 20 Jahren ist sie offiziell das höchste Organ der katholischen Kirche in der BRD. Alljährlich im Herbst versammeln sich die 67 Mitglieder, um den Kurs

So war zwar zu Beginn die ach so tröstliche Botschaft zu vernehmen, die Kirche stelle sich nicht gegen den wissenschaftlichen Fortschritt — allein es fehlt auch hier der Glaube, tut sie doch nichts anderes als obskure Sätze zu predigen. Daß sie heute nicht mehr mit Feuer und Schwert gegen Erkenntnisse vorgeht, liegt offensichtlich weniger am Willen und mehr an den Verhältnissen.

Obwohl diese Möglichkeiten gerade in der BRD so groß sind wie in wenigen mitteleuropäischen Staaten. Und so wurde auch dieses Mal wieder ein ganzer Katalog von Dingen heruntergebetet, gegen den sich die Pulpenträger alle wenden — entsprechende Kampagnen in der Publizistik werden nicht auf sich warten lassen.

Was für politische Bestrebungen dieses Gremium vertritt, wurde am deutlichsten in der Abschlusssandacht im Fuldaer Dom, wo der dortige Erzbischof Dryba zu Auseinandersetzungen, die auch seine Machtbasis erreicht haben sagte:

„Wer das Volk Gottes nach dem politischen Strickmuster der Demokratie von unten her aufbauen wollte, käme zu einer Kirche ohne Gott, ohne Berufung und Verheißung, zu einem bloßen Debattierclub, einem Turmbau zu Babel. Wenn der ganze politisch-theologische Spuk demnächst vergessen sein wird, müßte die Kirche zum Aufbruch ins dritte Jahrtausend bereit sein.“

Vor der Alternative Gott und Dryba oder Demokratie gestellt, sollte sich eigentlich so manches Mitglied dieser Kirche leichter daraus verab-

schieden als bisher. Darüber hinaus sind es exakt jene Sprüche, mit denen der Großteil der Kirche, die Kirche als solche, die katholische vor allem vor rund 50 Jahren schon einmal argumentiert hat — und wie ihr reaktionärster Teil heute noch in vielen Ländern der Welt argumentiert, um alle Kumpantie mit Militärdiktatoren usw. zu begründen. Außerdem: Eine demokratische Kirche — wenn so etwas denkbar wäre — wäre zuerst keine Kirche ohne Gott son-

der Kirche von Seiten der hohen Funktionäre festzulegen. Stets war diese Versammlung ein Sammelpunkt kleineren Kleingeists, ein Aufmarschort schwarzer Reaktion. In diesem Jahr besonders eindeutig.

dern zuerst eine Kirche ohne Dryba und Co. Fortschrittliche Menschen können sicher leicht auf beides verzichten.

Was man auch immer von den konkreten Tiraden des Fuldaer Bischofs halten mag: Sie waren keinesfalls ein Ausfall, eine Randerscheinung, sondern sie paßten haargenau zu den verschiedenen aktuellen politischen Stellungnahmen dieser Konferenz.

Sei es gegen die „Pille danach“ oder wie immer lautstark gegen die Abtrei-

bung — ein reaktionäres klerikales „Familienprogramm“, wie es seit langem besteht, wurde da nachhaltig in aktuelle Debatten eingebracht. Ein Gesinnungskampf — das hatte bereits der Vorsitzende dieser Konferenz, Höffner, gefordert, als er vor Wochen eine große moralische Krise dieser Gesellschaft konstatiert hatte. Diesen Kampf, so Dryba, soll das „Volk Gottes“ fest geschaut um die Bischöfe als den „von Gott berufenen Hirten“ führen.

Für Professoren, Unternehmen und Elite

Die Parteien der Regierungskoalition beschlossen letzte Woche die sogenannte Novellierung des Hochschulrahmengesetzes. Sogenannt muß dazu gesagt werden, weil es sich in Wirklichkeit eher um ein neues Gesetz handelt als darum, ein bestehendes anzupassen, was ansonsten mit dem Begriff „Novellierung“ gemeint ist.

Rein zahlenmäßig wurden 49 von 83 Paragraphen geändert — schon von daher kann kaum von einer bloßen Novellierung die Rede sein.

Drei Kernpunkte umfaßt das neue Gesetz, in denen im wesentlichen bisherige Veränderungen nachträglich legalisiert werden, bzw. bereits deutlich gewordene Tendenzen oder geäußerte Absichten verwirklicht. Zum einen wird die Stellung der Professoren in der Hochschulselbstverwaltung wieder gestärkt, werden Ergebnisse der Bewegungen aus den 60er Jahren, die bereits 76 wieder beschnitten worden waren, endgültig vom Tisch gebracht. Sie verfügen künftig wieder über die absolute Mehrheit.

Zum zweiten geht es um die „Drittmittel“ — sprich um Forschung mit Geldern

(und im Auftrag) der Konzerne. Was Späth und Co. (und auch Rau in Düsseldorf) als ihren jüngsten Schrei propagieren, wird jetzt gesetzlich. Künftig muß ein Professor faktisch nur noch Meldung machen, wenn er im Auftrag eines Unternehmens forscht braucht aber, nur in Ausnahmefällen jedenfalls, keine Genehmigung dieser Arbeit mehr. Drittens geht es um die „Elite“. Neue Studiengänge, zu denen die Universitätsverwaltung nach eigenen Kriterien „Begabte“ einladen darf, sind der Kern dieser dritten Säule der Gegenreform an den Hochschulen der BRD.

Wie in kaum einem anderen Bereich, mit Ausnahme der Arbeitsgesetze und der Systeme sozialer Sicherung wird damit an den Hoch-

schulen die vielbeschworene Wende verwirklicht bzw. nachträglich legalisiert. Natürlich bauen auch diese Maßnahmen auf dem alten Hochschulrahmengesetz der SPD/FDP auf, gegen dessen Verabschiedung es damals auch relativ breiten Widerstand gegeben hatte.

Dennoch wird hier sehr deutlich, was den Begriff Wende wirklich ausmacht, daß es sich tatsächlich um eine echte Gegenreform gegen alles handelt, was jemals an — und sei es noch so kleinen — positiven Schritten erreicht worden war.

Von der Opposition im Bundestag war wenig dazu zu hören. Die SPD ist immer noch bemüht, ihre eigenen Aufgabekonzepte bezüglich einstiger Gesamtschul- und -hochschulpläne zu verarbeiten, die Grünen wußten nur Wissenschaftsläden als Alternative anzubieten, was auch eine Art Rückzug aus der Debatte darstellt.

(Siehe zu diesem Thema auch die Artikel auf Seite 12 dieser Ausgabe).

„Das Geschäft mit der Krankheit“

Das CDU-Gesundheitsprogramm

Zum Auftakt einer losen Artikelfolge, die sich um die Situation im bundesdeutschen Gesundheitswesen dreht, veröffentlichen wir heute einen Buchauszug. Es handelt sich um die Passagen zum CDU-Gesundheitsprogramm aus Joseph Scholmers „Das Geschäft mit der Krankheit“

Am 4. September 1978 beschloß das Präsidium der CDU ein gesundheitspolitisches Programm. Es umfaßt 191 Punkte und ist damit wohl das ausführlichste und detaillierteste Gesundheitsprogramm aller politischen Parteien in der Bundesrepublik. Das Programm stellt eine Reaktion der CDU dar auf die allgemeine gesundheitspolitische Diskussion Anfang der siebziger Jahre. Nachdem diese Diskussion zunächst in der SPD und zwar an deren Basis aufgebrochen war, wurde das System der Gesundheitssicherung insgesamt oder in seinen Teilbereichen häufig in Frage gestellt. Darüber hinaus wurden Alternativen diskutiert, die eine Strukturreform des Gesundheitswesens mit einschlossen. Das CDU-Gesundheitsprogramm ist eine Antwort der Christlich-Demokratischen Union auf die vorgeschlagenen Alternativen.

Das Programm geht aus von den sogenannten Grundwerten Freiheit und Solidarität, denen eine ideologische Funktion zukommt. Die CDU identifiziert sich nicht nur mit der Struktur des gegenwärtigen Gesundheitswesens, sondern (unausgesprochen) auch mit den Profiten der freipraktizierenden Ärzte und Zahnärzte, der Apotheker und der Pharmaindustrie. Dazu kann sie sich aber expressis verbis nicht bekennen, weil das ihrer Reputation in der Bevölkerung abträglich wäre. So bleibt ihr nur die ideologische Verschleierung dieses Tatbestandes, die an die Begriffe Freiheit und Solidarität gebunden ist. Insgesamt kommen die Worte frei oder Freiheit auf den ersten 4 Seiten des Programms 22mal vor. Unter der Überschrift „Freiheit und Solidarität in einer pluralistischen Gesellschaftsordnung“ heißt es eingang in Punkt 2: „Eine freiheitliche und pluralistische Gesellschaftsordnung in einem sozialen Rechtsstaat ist die Grundvoraussetzung einer am Menschen orientierten Gesundheitspolitik. Die Gesundheitspolitik der CDU verbindet die Freiheit des einzelnen mit der Solidarität für alle. Wir wollen den selbständigen Bürger in verantwortlicher Freiheit und nicht den total verwalteten Menschen. Wir handeln nach dem Grundsatz: So viel Freiheit wie möglich — soviel Staat wie nötig.“

Anschließend wird der Begriff Freiheit in folgenden Varianten angeboten: Gestaltungsfreiheit, freie Wahl; freie Artzwahl; Handlungsfreiheit; freiheitliches Gesundheitswesen; freie Grundvorstellungen; freie Selbstgestaltung; Therapiefreiheit; therapiefrei von Behinderungen.

Von dieser ideologischen Basis aus werden dann die konkreten Forderungen für die Teilbereiche des Gesundheitswesens abgeleitet. Alternative Vorstellungen, die nicht in das konservative Grundkonzept der CDU passen, werden diffamiert. So heißt es unter Punkt 1: „Sozialistische Konzepte orientieren sich nicht am Schicksal des einzelnen Menschen, sondern ordnen ihn kollektivistischen Vorstellungen unter. Daher ist mit der Feststellung, daß der einzelne Bürger der zentrale Bezugspunkt der Gesundheitspolitik ist, die konsequente Ablehnung der Verstaatlichung, Sozialisierung oder Vergesellschaftung unseres Gesundheitswesens verbunden.“

Daraus folgt logisch die „Ablehnung nivellierender Gleichmacherei im Kollektiv“. Sogar die unabdingbare Planung, ohne die eine Reform des Gesundheitswesens völlig unmöglich ist, erscheint verdächtig: „Jede zu weitgehende Planung des Gesundheitswesens führt zu Einschränkungen in der Handlungsfreiheit der in diesem Gesundheitswesen tätigen Personen und damit auch zu Einschränkungen der Wahlfreiheit des Patienten.“

Unter Punkt 7 heißt es weiter: „Ein auf freiheitlichen Grundvorstellungen aufgebautes Gesundheitswesen arbeitet humaner, wirksamer und kostengünstiger als ein bürokratisiertes, sozialisiertes und verstaatlichtes Gesundheitswesen... Ein verstaatlichtes Gesundheitswesen kann niemals die Leistungsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit erreichen, die unsere pluralistische Struktur gewährleistet.“

Hier werden die gleichen Elemente der ideologischen Verdammung sichtbar, mit der sich auch die Standesfunktionäre gegen jede Reformversuche zur Wehr setzen.

Die Punkte 18 bis 34 befassen sich mit der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen. Das Programm stellt fest, daß die gesundheitspolitische Diskussion zunehmend von der Problematik der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen bestimmt wird und daß sich die Ausgaben von 1960 bis 1976 von rund 9,5 Milliarden DM auf rund 66,5 Milliarden DM erhöht haben. Angesichts dieser bedrohlichen Entwicklung für die Gesetzliche Krankenversicherung sei die CDU „offen für alle Vorschläge zur Kostendämpfung, die mit den in diesem Programm dargelegten Zielvorstellungen unserer gesundheitlichen Sicherung vereinbar sind und im Rahmen einer evolutionären Weiterentwicklung dieses Systems bleiben“. Nun hat die finanzielle Entwicklung im Gesundheitswesen inzwischen bewiesen, daß eine wirksame Kostendämpfung mit lediglich „lindernden“ Maßnahmen, wie sie hier vorgeschlagen werden, nicht möglich ist. Die Zielvorstellungen im CDU-Programm schließen eben diese Kostenexplosion mit ein, und das System kann nicht unverändert bleiben, wie es die CDU verlangt, wenn ein weiterer in keiner Weise vertretbarer Kostenanstieg vermieden werden soll. Immerhin räumt die CDU ein, es sei nicht zu erwarten, „daß alle Beteiligten durch gesamtwirtschaftlich orientiertes Verhalten in jedem einzelnen Fall und bei jeder einzelnen Leistung und Inanspruchnahme die finanzielle Funktionsfähigkeit des Gesamtsystems berücksichtigen“.

Zu den Ursachen der Kostenentwicklung werden 16 Gründe angeführt, unter denen jedoch der Honoraranspruch der freipraktizierenden Ärzte und Zahnärzte völlig fehlt. Erinnern wir uns, daß die Gesetzliche Krankenversicherung im Jahr 1970 an die freipraktizierenden Ärzte 5,457 Milliarden DM zahlte, im Jahr 1978 dagegen 13,194 Milliarden DM. In derselben Zeit stieg das GKV-Honorar der Zahnärzte von 1,708 Milliarden DM im Jahr 1970 auf fast 5 Milliarden DM im Jahr 1978. Dennoch konstatiert das CDU-Programm, die relativ geringsten Ausgabensteigerungen seien in der ambulanten Versorgung zu ver-

(Kiepenheuer und Witsch 1984), in dem der Autor eine Bilanz seit 1970 zieht. Das CDU-Gesundheitsprogramm von 1978, das dabei angesprochen wird, ist eine der Leitlinien auch in der diesjährigen Debatte um die „Kostenexplosion“ und Blüms Vorschläge resultieren daraus.

zeichnen. Hier wird an Reformmaßnahmen u.a. vorgeschlagen: „Ausschöpfung der Möglichkeiten diagnostischer und therapeutischer Maßnahmen vor der Einweisung in ein Krankenhaus.“ Wer die Praxis von Krankenhauseinweisungen kennt, weiß, daß sich die Krankenhausärzte auf die Diagnose und die mitgegebenen Informationen über den eingewiesenen Patienten nur sehr selten verlassen. Sie haben ihre negativen Erfahrungen mit den Allgemeinarzten und sehen sich deshalb gezwungen, aufgrund eigener Untersuchungsergebnisse eine eigene Diagnose zu stellen, die nicht selten von der Diagnose des einweisenden Allgemeinarztes abweicht. Diese Doppelarbeit wäre nur zu vermeiden, wenn die Krankenhäuser eine prästationäre Diagnostik betreiben könnten. Dem steht jedoch die Reichsversicherungsordnung entgegen. So versteht sich leicht, daß die Forderung nach prästationärer Diagnostik im Krankenhaus fehlt. Sie ist unvereinbar mit den konservativen Grundvorstellungen des CDU-Programms. Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen auf dem Arzneimittelsektor gehören solche utopischen Forderungen wie die „freiwillige Selbstbeschränkung der pharmazeutischen Industrie bei ihren Werbeaufwendungen“. Bei den Maßnahmen in der Gesetzlichen Krankenversicherung fordert das Programm die Konzentration auf deren originäre Aufgaben. Das bedeutet in der Praxis eine Kostenreduzierung z.B. des Mutterschaftsgeldes und der Ausgaben für Schwangerschaftsabbrüche an die Krankenkassen. Eine Kostenbeteiligung des Patienten wird für den Fall erwogen, daß „die Mitwirkung des Patienten für den Behandlungserfolg wesentlich ist oder von der Kostenbeteiligung eine Motivierung zu einer gesundheitsbewußten Lebensführung erwartet werden kann“.

Die vorbeugende Medizin wird zum Schwerpunkt der Gesundheitspolitik der CDU erklärt. Dabei wird den Bürgern die Mitverantwortung für weitverbreitete Volkskrankheiten, z.B. Herz- und Kreislauferkrankungen, Stoffwechselerkrankungen wie Diabetes und Gicht, chronische Erkrankung der Atemwege und Lungenkrebs zugewiesen. Zwar erwägt das Programm die Erweiterung des Katalogs von Früherkennungsmaßnahmen um Krankheiten, die häufig sind, im Frühstadium erkannt werden können und bei frühzeitiger Behandlung gute Heilungsaussichten haben, hier aber fehlt die naheliegende Forderung nach allgemeinen anstelle der begrenzten Früherkennungsmaßnahmen. Die im Programm geforderte modellhafte Erprobung hat mit der großangelegten Vorsorgeuntersuchung 1969 in Baden-Württemberg und den allgemeinen Früherkennungsmaßnahmen der Hessischen Betriebskrankenkasse seit 1966 längst stattgefunden.

Im Abschnitt Arbeitsmedizin hält sich das Programm an die 1973 eingeführte Regelung durch das Arbeitssicherheitsgesetz. Bei der Grundeinstellung der CDU und ihrer Forderung nach dem Recht der Betriebsärzte, ihre Patienten voll zu behandeln und neben der Diagnostik auch Therapie zu betreiben. Der reaktionäre Charakter des CDU-Gesundheitsprogramms zeigt

sich vor allem im Abschnitt „Ärztliche und zahnärztliche Versorgung“. Hier heißt es unter Punkt 70: „Die Einbeziehung von Krankenhäusern als Institution in die ambulante ärztliche Versorgung in Form von Ambulatorien oder Polikliniken an Krankenhäusern — ausgenommen Polikliniken an Universitätskliniken für Zwecke der Forschung und Lehre — sowie die Versorgung durch eigenständige Ambulatorien wird abgelehnt. Damit würde die freie Arztwahl aufgehoben und die ärztliche Versorgung institutionalisiert und zentralisiert mit

- höheren Kosten für Räume, Einrichtungen und Personal
- unzumutbaren Wegen und Wartezeiten für den Patienten.

Dementsprechend muß die Möglichkeit, in den Rahmenverträgen zwischen den Landesverbänden der Krankenkassen und den Landesverbänden der Krankenhäuser Regelungen über zeitlich begrenzte vorstationäre Diagnostik und nachstationäre Behandlung im Krankenhaus vorzunehmen, wieder beseitigt werden.“ Inzwischen geht die Entwicklung in die genau entgegengesetzte Richtung: Nicht nur in Fachkreisen, sondern auch bei den verantwortlichen Politikern setzt sich die Auffassung durch, daß die Einführung der vorstationären Diagnostik und der nachstationären Behandlung durch das Krankenhaus im Interesse der Patienten nicht mehr zu umgehen ist.

Der gleichen Ablehnung wie die Prä- und poststationäre Diagnostik verfällt die Öffnung der Krankenhäuser für den ambulanten Bereich. Unter Punkt 80 heißt es: „Ambulanzen an Krankenhäusern und die Zentralisierung und Monopolisierung technischer Leistungen in medizinisch-technischen Zentren werden abgelehnt. Sie

- haben entscheidende Nachteile für Patienten (z.B. ständiger Wechsel des behandelnden Arztes, längere Wege, Wartelisten)
- höhlen die Funktion des Arztes für Allgemeinmedizin aus
- gefährden die Einheit von Diagnose und Therapie in einer Hand
- verringern den Anreiz für jüngere Ärzte, Arzt für Allgemeinmedizin zu werden
- stellen das Prinzip des Haus- und Familienarztes in Frage
- verursachen zusätzliche Kosten.“

Hier wird die gesellschaftliche Fixierung auf den freipraktizierenden Arzt sichtbar, dessen überhöhtes Einkommen durch Ambulatorien an Krankenhäusern nicht gefährdet werden soll. Dieser entscheidende Grund für die Ablehnung der Krankenhausambulanzen wird naturgemäß nicht ausgesprochen.

Zur inneren Struktur der Krankenhäuser, die längst überholt ist und deshalb schon zu Beginn der siebziger Jahre in Frage gestellt wurde, äußert sich das CDU-Programm zurückhaltend. Es sieht „die Gefahr, daß Entwicklungen festgeschrieben werden, die mehr vom ideologischen Denken als von sachlichen Notwendigkeiten bestimmt sind“. Hier wird die Forderung nach Demokratisierung des Krankenhauses und nach einer gleichberechtigten Position der im Krankenhaus Tätigen untereinander sowie

zwischen ihnen und den Patienten völlig ausgeklammert. Die Rolle der Chefärzte mit ihren erheblichen finanziellen Privilegien wird weder angesprochen noch in Frage gestellt. Im Abschnitt „Versorgung von psychisch Kranken und Behinderten“ hält sich das Programm an die Empfehlung der Sachverständigenkommission zur Lage der Psychiatrie. Diese Enquete wurde 1970 auf Antrag der CDU vom Bundestag in Auftrag gegeben und im November 1975 vorgelegt. Seither wird die Versorgung und psychisch Kranken und Behinderten in einem allmählichen Prozeß umstrukturiert dahingehend, daß die großen Ghettos in ihrer Patientenzahl reduziert werden. Gleichzeitig werden in Schwerpunkt-Krankenhäusern psychiatrisch-neurologische Abteilungen geschaffen, die nicht nur stationäre Patienten betreuen, sondern auch im ambulanten Bereich tätig sind. Hier wird also das von der CDU sonst streng eingehaltene Prinzip der Trennung von stationärem und ambulanten Bereich durchbrochen. Diese Konzession machte die CDU angesichts einer äußerst schwierigen Versorgungslage der psychisch Kranken und Behinderten, die eine andere Alternative nicht zuließ.

Im Abschnitt „Suchtbekämpfung“ wird unterstellt, daß die gegenwärtige unzulängliche Struktur der Suchtbekämpfung unverändert bleibt. Die Gültigkeit des § 368 der Reichsversicherungsordnung, der den freipraktizierenden Ärzten das Monopol für den ambulanten Bereich zuspricht, wird nicht in Frage gestellt. Im Gegenteil: Unter den aufgeführten Behandlungsmöglichkeiten stehen die niedergelassenen Ärzte vor den Beratungsstellen und Suchtkliniken an erster Stelle, obwohl sie in aller Regel und nur mit wenigen Ausnahmen für Suchtkrankheiten nicht kompetent sind. Nicht zuletzt diese gesetzliche Regelung des Kassenarztsrechts von 1955, die von der CDU-Fraktion im Bundestag mitzuverantworten ist, trägt dazu bei, daß sich die Lawine der Suchterkrankungen ständig vergrößert.

Der Abschnitt „Arzneimittel und Arzneimittelversorgung“ demonstriert die enge Verbindung zwischen CDU und Pharmaindustrie. Das Programm vertritt die Auffassung, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten „am besten im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft“ geregelt wird durch

- „eine leistungsfähige und international wettbewerbsfähige Pharmaindustrie
- einen leistungsfähigen pharmazeutischen Großhandel
- leistungsfähige Apotheken“.

Naturngemäß lehnt die CDU eine Verstaatlichung der Pharmaindustrie, des pharmazeutischen Großhandels und der Apotheken ab. Eine Kritik an der Zahl von schätzungsweise 140000 Arzneimitteln in der Bundesrepublik fehlt im CDU-Programm völlig, ebenso wie die Forderung nach einer Reduzierung der Arzneimittel auf ein vertretbares Maß. Für Neuzulassungen von Arzneimitteln wird die Bedürfnisprüfung abgelehnt. Die Zahl der am Markt befindlichen Medikamente kann also ungestört weiter vermehrt werden. Strenge Kriterien bei der Beurteilung von Arzneimitteln, wie sie beispielsweise in den USA selbstverständlich sind, werden nicht für erforderlich gehalten. Für die Kostenexplosion im Arzneimittelbereich werden die Preiserhöhungen durch die Pharmaindustrie als „unvermeidlich“ erklärt, dafür wird ferner die Verlängerung der Lebenserwartung und das wachsende Gesundheitsbewußtsein der Bevölkerung verantwortlich gemacht.

Ford/Köln

Erpressung im großen Stil

Nach den Plänen des Ford-Vorstands sollen in Köln 3500 Angestellten-Arbeitsplätze durch Verlagerung von Abteilungen nach England vernichtet werden. Allerdings bietet der Ford-Vorstand auch eine „Alternative“ an: die Arbeitsplätze können in Köln verbleiben, wenn die durch die Verlagerung beabsichtigten Einsparungen durch Verzicht der Belegschaft auf vereinbarte Leistungen verwirklicht werden können. Wie soll man das bezeichnen, wenn nicht als Erpressung?

Um die Arbeitsplätze in Köln zu erhalten, fordert der Ford-Vorstand Kürzungen der Wochenendpauschale, der Überstundenzulagen, der übertariflichen Spät- und Nachschichtzulagen, der Zulagen für die Pendlerbusse, der Zuschüsse für Kuren u.a. Außerdem sollen die bezahlten Arbeitsfreistellungen am Rosenmontag, am 24. Dezember und am 31. Dezember wegfallen.

Selbst wenn man die Einbußen bei den freien Tagen, bei Kuren und Pendlerbussen, beim Urlaubs- und Krankengeld nicht mitrechnet, ergibt sich, daß die Ford-Kollegen mit monatlichen Einbußen von 250,- DM rechnen müßten.

In einer Information des Ford-Betriebsrats heißt es: „Ein falsches Wort könnte Ford-Europa veranlassen, mit der Verlagerung zu beginnen. Das können wir nicht riskieren. Nur durch eine Mitarbeit können die

vorhandenen Pläne verändert werden. Das ist gewiß kein einfacher Weg. Die beiden Betriebsausschüsse sind unter bestimmten Voraussetzungen zu einer Mitarbeit bereit. Dazu gehört unter anderem:



1. Es muß eine Zusage zum Grundsatz geben, daß es nicht um die Verlagerung von Bereichen und Funktionen nach England geht, sondern um die gewünschte Kostenreduzierung, die zu erbringen ist.

2. Die Organisationsstraffung und der Abbau von Führungsebenen muß in der gesamten europäischen Organisation vorgenommen werden.

3. Der Abbau von Planstellen bzw. Arbeitsplätzen muß in einem langfristigen Stufenplan und nur durch vorzeitige Pensionierungsprogramme vorgenommen werden.

4. Am Ende aller Maßnahmen muß die Existenz aller Ford-Standorte in Deutschland gewährleistet werden.“

Die Betriebsratsmehrheit mit Kuckelkorn an der Spitze ist also bereit, auf die Erpres-

scheiden. Ausdrücklich erkennen sie die Vorgabe des Vorstandes an, daß das Kostenniveau auf das britische Niveau gesenkt werden muß. Sie wollen lediglich die Vorstandsangaben, wie hoch die Kostendifferenz ist, überprüfen, um dann zu entscheiden, welches Einsparungsvolumen gerechtfertigt ist, damit das Kostenargument für die Verlagerung nach England entfällt.

Ist Kuckelkorn und Konsorten wirklich unklar, daß die Ford-Kapitalisten nach Vollzug der Verbilligung der Arbeitskraft in Köln den britischen Kolleginnen und Kollegen auf die gleiche Weise Daumenschrauben ansetzen können wie jetzt den Belegschaften in Deutz und Niehl? Die Konkurrenz, in die Kuckelkorn und seine Mannschaft da eintreten wollen, könnte der Anfang einer endlosen Spirale sein, die für die Ford-Belegschaften in England und in der Bundesrepublik ruinös wäre.

Klassenkämpferische Kollegen bei Ford fordern deshalb: „Als erstes muß der Geschäftsleitung von den Vertrauensleuten erklärt werden, daß man auf den Kuhhandel nicht eingehen kann. Eine außerordentliche Betriebsversammlung muß der nächste Schritt sein. Schließlich sollte man der Geschäftsleitung mal klar machen, daß man es ernst meint: Als erste Maßnahmen müßten sämtliche Überstunden abgelehnt werden, von den Betriebsräten ebenso wie von jedem einzelnen Kollegen. Was nützen denn uns die Überstundenzulagen, wenn sie ohnehin gekürzt werden sollen? Wehret den Anfängen beim Kahl Schlag durch die Geschäftsleitung! Wehret den Anfängen in der Kapitulationspolitik des Betriebsrats! Kampf um jeden Arbeitsplatz! Kampf um erstrittene Sonderleistungen!“

sung durch den Vorstand einzugehen. Kein Kampf gegen die Ford-Strategie, sondern Mitarbeit, um vielleicht das eine oder andere abwenden zu können.

Nun hört eine Erpressung bekanntlich in den seltensten Fällen mit Zahlung der ersten Rate auf. Es ist offenkundig, daß die Ford-Herren zwei Hebel ansetzen, um die Belegschaft zu erpressen: einmal die bestehende Massenarbeitslosigkeit hier, zum anderen das Ausspielen der britischen und deutschen Ford-Belegschaft. Beide Hebel wird die Konzernleitung in den nächsten Jahren in der Hand behalten.

Statt dem Ausspielen der britischen und deutschen Belegschaft durch die Herstellung von internationaler gewerkschaftlicher Einheit und Solidarität entgegenzuwirken, setzen Kuckelkorn und Konsorten sich das Ziel, den Konkurrenzkampf gegen die britischen Kolleginnen und Kollegen um die Arbeitsplätze für Köln zu ent-

Krupp/Bochum

Belegschaftsabbau um 2000?

Anfang der Woche hat der Krupp-Vorstand die Betriebsräte über ein neues Strukturkonzept informiert. Demnach sollen bis 1987 im Stahlbereich des Krupp-Konzerns ca. 2000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Die Gesamtbelegschaft des Krupp-Stahlbereichs soll auf 17260 schrumpfen.

Betroffen von den Arbeitsplatzvernichtungsplänen sind vor allem die Standorte Siegen, Hohenlimburg/Letmathe, Bochum und Rheinhausen.

Im Bereich Edel-Profilstahl sollen in den Werken Geisweid und Niederschelden des Siegener Standortes 930 bis 940 Arbeitsplätze abgebaut werden. Noch Mitte des Jahres hatte Krupp-Stahl-Chef Alfons Gödde beiden Werken des Siegener

Standortes „gute Karten“ bescheinigt.

In Bochum sollen 300 Arbeitsplätze über die Wupper gehen, in Rheinhausen 570 bis 580.

In Hohenlimburg/Letmathe sind in der Stahlverarbeitung rund 100 Arbeitsplätze zur Wegrationalisierung vorgesehen. Auch hier hatte Krupp-Chef Gödde im Sommer noch behauptet, die geplanten Umstrukturierungen brächten für Hohenlimburg/Letmathe „keine negativen personellen Folgen“.

Der Bochumer Betriebsrat sieht in einem Flugblatt „seine Befürchtungen um ein Vielfaches übertroffen“. Am 10. Oktober wird eine Betriebsrätekonferenz zum neuen Strukturkonzept des Krupp-Vorstandes stattfinden.

Hertie

Kürzung des 13. Gehalts?

Zündstoff bei Hertie. Auf Betriebsversammlungen in sämtlichen Filialen haben die Betriebsräte über die Ankündigung der Konzernleitung, das 13. Monatsgehalt um 25 Prozent zu kürzen, informiert und die Beschäftigten zum „Dienst nach Vorschrift“ aufgerufen. Für eine Verkäuferin im 7. Berufsjahr würde das etwa einen Verlust von 520 Mark brutto bedeuten.

Weitere Sozialleistungen sollen nach den Plänen der Konzernleitung gekürzt werden. Darunter auch die Fahrtkostenzuschüsse. Die HBV hat weitere Aktionen

angekündigt. Auseinandersetzungen bei Hertie sind auch zu erwarten im Zusammenhang mit der Umsetzung der ab 86 geltenden 38,5-Stunden-Woche. Hertie rationalisiert stramm. Die Einführung eines elektronischen Warenwirtschaftssystems hatte 275 Entlassungen zur Folge. Stärkere organisatorische Zentralisierung des Konzerns wird wohl weitere Arbeitsplätze vernichten.

Die HBV hält Hertie nicht für einen Einzelfall. Auch beim Kaufhof plane die Konzernleitung betrieblichen Sozialabbau.

IGM-Vertreterversammlung Köln

Resolution zur Tarifbewegung

Die Vertreterversammlung möge folgendes beschließen: Die Vertreterversammlung der IG Metall Köln fordert den Vorstand auf, bei der anstehenden Beratung über die kommende Tarifbewegung folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

1. Die vergangene Tarifrunde, die uns den Einstieg in die 35-Stunden-Woche brachte, ist trotz aller damit verbundenen Probleme erfolgreich gewesen. Sie brachte im Ergebnis unzweifelhaft neue Arbeitsplätze und trug damit wesentlich dazu bei, das Problem der steigenden Arbeitslosigkeit einzudämmen.

2. Das Problem der Massenarbeitslosigkeit wurde mit diesem ersten Schritt aber keineswegs gelöst, dazu reicht das Volumen der Arbeitszeitverkürzung nicht aus. Angesichts der zu erwartenden weiteren Technologieschübe, nicht zuletzt im Angestelltensektor durch die stürmische Entwicklung der Informationstechnologien, ist ein weiterer Anstieg der Massenarbeitslosigkeit zu erwarten. Diese Fakten fordern zwingend eine konsequente Fortführung des eingeschlagenen Weges zur 35-Stunden-Woche. Angesichts der zu erwartenden sprunghaften Entwicklungsschübe in der Produktivität dürfen die weiteren Schritte zur 35-Stunden-Woche weder zeitlich verzögert, noch in unwirksam lange Stufenpläne aufgelöst werden.

3. Angesichts der mit der Flexibilisierung verbundenen Tendenz zur Aufspaltung der Interessen innerhalb der Belegschaften und angesichts der enormen Schwierigkeiten der Betriebsräte bei der Abwehr der Flexibilisierungsvorhaben ist eine Einschränkung der vorhandenen Flexibilisierungsmöglichkeiten erforderlich.

4. Durch die Reallohnverluste der vergangenen Jahre ist ebenso ein Lohnabschluß erforderlich, der zu einer Reallohnsteigerung führt. Diese Schlußfolgerung steht aber keineswegs als Alternative zur Notwendigkeit der Erreichung der 35-Stunden-Woche. Beide Ziele sind aus dem Blickwinkel der Interessen unserer Mitglieder gleichermaßen zwingend erforderlich und angesichts der Entwicklung der Unternehmerrgewinne ohne weiteres zu finanzieren.

5. Die Frage, ob es leichter ist, die Kollegen zu Lohn- und oder Arbeitszeitforderungen zu mobilisieren, ist vom Ansatz her falsch gestellt. Sie berücksichtigt weder die Notwendigkeit beider Forderungen, noch die Erfahrungen der letzten Jahre. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, daß durch den Angstdruck der Arbeitslosigkeit die Mobilisierung generell schwieriger geworden ist, dabei spielt die Art der Forderungen nur eine untergeordnete Rolle. Massenarbeitslosigkeit schränkt den Handlungsspielraum der Gewerkschaften erheblich ein. Jede Tarifbewegung, die nicht in ihrem Kern auf deren Beseitigung zielt, kann allenfalls zu kurzfristigen Scheinerfolgen führen. In der Konsequenz verhindert sie aber nicht eine weitere Verschlechterung der Bedingungen unserer Mitglieder und führt zu einer Schwächung der Gewerkschaft.

Schluß mit der Politik für wenige



Broschüre zu den Herbstaktivitäten des DGB. Preis 2,- DM Bestellungen an: Verlag Roter Morgen

4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103,

DGB/Mannheim

Ex-Bezirksleiter der DAG wird DGB-Kreisvorsitzender

Mit 37:33 Stimmen wählte die Mannheimer Kreisdelegiertenkonferenz des DGB den bisherigen Kreisvorsitzenden Lothar Hünecke nicht wieder. Der neue Mann, Max Nagel, trat überhaupt erst Anfang 1984 in die IG Metall ein. Nagels schnelle Karriere hat einen besonders pikanten Aspekt: vor seinem Übertritt in die IG Metall war Nagel Bezirksleiter der DAG.

Der Hintergrund des Führungswechsels im Mannheimer DGB ist offenkundig: die rechte SPD-Riege wollte sich einen linken Sozialdemokraten vom Hals schaffen. Der Betriebsratsvorsitzende von Daimler-Benz, Lucy, dürfte seine Hand mächtig im Spiel gehabt haben.

Die Verschwörung gegen Hünecke ging offensichtlich aus von Funktionären der IG Metall, der IG Chemie und der ÖTV sowie dem sozialdemokratischen Parteiestablishment.

Kein Risiko wollte man angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse offensichtlich bei der IG Chemie eingehen. Ihre Delegierten zur Kreisdelegiertenkonferenz des DGB ließ der Vorstand vorsichtshalber nicht wählen, sondern ernannte sie höchstpersönlich.

Auf der achtstündigen Konferenz wurde vernich-

tende Kritik an Hünecke laut: beispielsweise sei er auf einer Abschiedsfeier in einer Mannheimer Behörde ohne Krawatte erschienen.

Tatsächlich hat der Krawattenmuffel wohl manchem mit seinen politischen Auffassungen auf den Schlips getreten. So unterstützte der ehemalige GEW-Funktionär eine Arbeitsloseninitiative, trat gegen Berufsverbote auf, forderte den DGB auf, in der Friedensbewegung mitzumachen u.a.

Lothar Hünecke: „Ich habe mich in allem an DGB-Beschlüsse gehalten, habe sie aber fortschrittlich interpretiert.“ Wer DGB-Beschlüsse interpretiert, ist offensichtlich auch bereit, das Äußerste zu denken: „Ich wollte den DGB nicht an diese konservative SPD binden.“ Gegen derartige Anwandlungen ist der Ex-DAG-Funktionär Nagel wahrscheinlich gefeit.

Im Manteltarifvertrag dieses Bereichs sind, ähnlich wie allgemein in Manteltarifverträgen, solche Fragen wie Arbeitszeit, Urlaub, Absicherungen bei Alter und Kurzarbeit usw. geregelt.

Insbesondere der Stahltarifvertrag zeichnete sich in der Vergangenheit dadurch aus, daß er eine ganze Reihe Vereinbarungen beinhaltet hat, die dort tariflich das erste Mal festgeschrieben wurden. Das betrifft sowohl die Kündigungsschutzbestimmungen für über 50jährige Kolleginnen und Kollegen, wie die Verdienstsicherungsregelungen bei Umsetzungen und die Regelungen über Urlaub und Freischichten.

Offensichtlich soll nach dem Willen des Arbeitgeberverbandes der Eisen- und Stahlindustrie jetzt dieser Bereich, der in den Lohnabschlüssen der letzten Jahre schon den negativen Vorreiter gespielt hat, nun auch im Manteltarifbereich den Vorreiter bei den Verschlechterungen machen.

Um was geht es im einzelnen bei den Verhandlungen?

Die IGM legte 1984 aus Anlaß der Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche einen neuen „Manteltarifvertrag für Arbeitnehmer“ in diesem Tarifbereich vor. Er unterschied sich in den meisten Bestimmungen nur wenig vom bis dahin gültigen Tarifvertrag. Die wichtigsten Änderungen bezogen sich auf:

1. An allen Stellen wird nunmehr einheitlich von Arbeitnehmern gesprochen — nicht mehr nach Angestellten, Arbeitern und Auszubildenden unterschieden.

2. War im Textentwurf als neue Arbeitszeit die 35-Stunden-Woche enthalten, verbunden mit Einschränkungen bezüglich der täglichen, wöchentlichen und jährlichen Mehrarbeit sowie zwei Alternativvorschlägen für Freizeitausgleich bei Mehrarbeit.

Die Stahlunternehmer legten ihrerseits am 12. April 1984 in der gemeinsamen „technischen Kommission“ der beiden Tarifvertragsparteien einen „Gegentwurf“ vor, der an einer ganzen Reihe von Stellen Verschlechterungen gegenüber den bisherigen Regelungen beinhaltet — diese waren zum Teil nicht ausformuliert, sondern nur die Richtung des Abbaus angedeutet. Im Tarifabschluß vom 16. 7. 1984 wurde unter Punkt „VI.“ festgehalten, und von beiden Seiten unterschrieben:

„Die sonstigen Forderungen der IG Metall und des Arbeitgeberverbandes Eisen- und Stahlindustrie zum Manteltarifvertrag werden weiter verhandelt. Insoweit gilt der Manteltarifvertrag kraft Nachwirkung weiter.“ (S. 6 Verhandlungsergebnis vom 16. 7. 84)

Der Manteltarifvertrag war ansonsten zum 31. 12. 83 gekündigt worden und er ist seit dem damaligen Zeitraum nicht neu unterschrieben worden, sondern gilt eben nur kraft Nachwirkung weiter.

Ohne größeres Aufsehen in der Mitgliedschaft der IGM wurde seit dem letzten

Stahlindustrie — Verhältnisse wie in Weimar?

Diese Frage drängt sich auf, wenn man erfährt, was z. Z. im größten Stahl-Tarifbezirk in der BRD verhandelt wird. Es geht um die Verhandlungen zum Manteltarifvertrag der Eisen und Stahlindu-

Jahr in der Verhandlungskommission und der technischen Kommission weiter verhandelt.

Über den ganzen Zeitraum bis Mitte des Jahres 1985 ging offensichtlich die Verhandlungsführung von Seiten der IGM davon aus, daß es möglich wäre, die Forderungen des AGV Eisen und Stahl so vom Tisch zu bekommen. Damit hatte man allerdings die Bestrebungen der Stahlbarone unterschätzt, die ja schon in der Weimarer Republik den Vorreiter bei den Angriffen auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gespielt hatten. Ende August legten die Verhandlungsführer des AGV einen genaueren Katalog von Änderungsforderungen vor, dessen wichtigste Bestandteile — im Vergleich zu den alten Bestimmungen — wir der Wichtigkeit halber nebenstehend dokumentieren. Im Kern geht es um vier Ebenen, auf denen bisherige Regelungen verschlechtert werden sollen:

1. Ausweitung von Flexibilisierungsmöglichkeiten durch:

- Verlegung von planmäßigen Schichten soll aus „sonstigen Gründen“ möglich sein — über den bisherigen 5-Wochen-Zeitraum hinaus;
- bei Gleitzeit soll die Kern-

arbeitszeit nur noch sechs Stunden betragen;

- „geringfügige Mehrarbeit“ bis zu einer halben Stunde soll jederzeit von allen Arbeitnehmern verlangt werden können;
- Kurzarbeit soll von heute auf morgen vereinbart werden können;
- Urlaubspläne sollen erst kurz vor Jahresende vereinbart werden müssen;
- Urlaubsvorgriff soll zwecks Stillsetzung der Anlagen zwischen Weihnachten und Neujahr möglich sein, wenn die Unternehmer es für sinnvoll halten.

2. Einschränkung materieller Leistungen durch:

- bei Kündigungen während Kurzarbeit wird nur noch Lohn in der Höhe der verkürzten Arbeitszeit gezahlt;
- die möglichen Freistellungen werden eingeschränkt;
- die Urlaubsansprüche werden gekürzt;
- Urlaubsvergütung soll nicht mehr vor dem Urlaub gezahlt werden;
- die Absicherung der sechs Schwerbehindertentage, die Bundesregierung plant bekanntermaßen deren Reduzierung, im Tarifvertrag soll gestrichen werden;
- die bisherigen Regelungen zur Verdienstsicherung

strie in NRW, Klöckner in Bremen und Niedersachsen und die Krupp-Werke in Dillenburg und Niederschelden.

— 90- bzw. 100 Prozent je nach Alter und Betriebszugehörigkeit des alten Einkommens — sollen grundsätzlich gesenkt und außerdem binnen kurzem durch monatliche Abschmelzung und Verrechnung mit Tariflohnernhöhungen grundsätzlich wertlos gemacht werden.

3. Wegfall des Kündigungsschutzes für über 50jährige Kolleginnen und Kollegen. Dieser Punkt erhält seine Bedeutung vor dem Hintergrund, daß die EG plant, bis 1990 erneut über 100 000 Stahlarbeiterarbeitsplätze in der EG zu vernichten, wobei sie dazu gleichzeitig anmerkt, daß in einigen Ländern die Möglichkeiten der „Frühverrentung“ allmählich erschöpft sind, also andere Wege der Vernichtung von Arbeitsplätzen als in der Vergangenheit gesucht werden müßten — auf gut deutsch Massenentlassungen. Zu den Ländern, die praktisch keine über 55jährigen mehr beschäftigen, zählt die BRD.

4. Die geplante Änderung des § 10 schließlich geht in die Richtung, daß eigentlich eindeutig dem unternehmerischen Risiko zuzurechnende Fälle des Arbeitsausfalls zu Lasten der abhängig Beschäftigten eingeschränkt werden sollen.

Zusammenfassend läßt sich festhalten: Diese Forderungen des Arbeitgeberverbandes Eisen- und Stahlindustrie würden für den Fall ihrer Durchsetzung zum einen einen radikalen Abbau von materiellen und sozialen Schutzrechten für die Stahlarbeiter bedeuten. Sie würden zum anderen aber auch Signalwirkung für die anderen Unternehmerverbände haben, auch in ihren Tarifbereichen ähnliches zu versuchen.

In diesem Zusammenhang ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß auch für den Manteltarifvertrag Metall in NRW eine ganze Liste ähnlicher Forderungen der Unternehmer auf dem Tisch liegt. Mehr dazu in einer der nächsten Nummern des „Roten Morgen“.

Müller, ehemaliger Bundesarbeitsgerichtspräsident, hat in seinem „Gutachten“, das sich nicht nur mit der Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit (§ 116) beschäftigt, auch einige Aussagen zu einer solchen Situation gemacht, wie wir sie derzeit im Stahlbereich vorfinden. So schreibt er:

„Vor allem aber kann in den Zeiten schwerer wirtschaftlicher Depressionen die Arbeitgeberseite in allen

möglichen Branchen und Regionen vor der Notwendigkeit stehen, den Abbau tariflicher Leistungen im Interesse der Erhaltung von Unternehmen und Arbeitsplätzen zu fordern, während die Arbeitnehmervereinigungen unter allen Umständen bei den bisherigen Regelungen verbleiben wollen. Eine solche Konstellation ist keineswegs undenkbar. Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen will man aus verständlichen Gründen gerade auch bei einer Rezession behalten. Bei einem solchen Interessengegensatz wären Tarifverhandlungen ohne die Befugnis zur (Angriffs-)Aussperrung nicht mehr als das, was das Bundesarbeitsgericht im Blick auf die bisherige Sozialgeschichte bei einem Fehlen der Streikbefugnis hinsichtlich der Arbeitnehmervereinigungen gesagt hat, nämlich „kollektives Betteln.“ (S. 113 Müller-Gutachten)

Auf gut deutsch heißt das nichts anderes — und ist ja im Saarland schon ohne Angriffsaussperrung durchgesetzt worden — Verschlechterungen der tariflichen Leistungen müssen von den Unternehmern durchgesetzt werden können. Sie brauchen es nur mit schwerer Lage und der Sicherung der restlichen Arbeitsplätze zu begründen.

Welche Lehren ergeben sich für die Stahlarbeiter?

Gerade die Erfahrung im Saarland, wo ohne größere Gegenwehr der IGM bzw. der Stahlarbeiter eine massive Verschlechterung der Sozialpläne durchgesetzt werden konnte zeigen, daß es notwendig ist, zu allererst breit und massiv über die Pläne der Stahlbarone aufzuklären und dagegen zu mobilisieren.

Dazu kommt ein zweites: mit der Begründung der schlechten Lage, der Krise etc. in diesen Bereichen sind von der IGM in den letzten Jahren immer weitere Einschnitte sowohl in der Frage der Löhne und Gehälter wie auch bei den betrieblichen Rationalisierungen hingenommen worden.

Deutlich zeigt sich, daß die Begründung, sonst kommt es noch schlechter, so nicht haltbar ist. Die Unternehmer haben sich damit nicht zufrieden gegeben, im Gegenteil sind sie eher ermuntert worden, ihre weitergehenden Pläne frechweg und ungestraft seit über einem Jahr auf dem Tisch liegen zu haben.

Angesichts dieser Pläne, angesichts einer für Ende Oktober geplanten nächsten Verhandlungsrunde ist es notwendig, in den Stahlbetrieben, in der IGM zumindest für zweierlei einzutreten:

1. Am Tag der Verhandlungen müssen betriebliche Aktionen laufen, um den Unternehmern deutlich zu machen, daß die Belegschaften sich nicht kampflös so etwas bieten lassen.

2. Sollte an diesem Tag versucht werden, aus den Betrieben Delegationen zum Verhandlungsort zu senden, um auch dort deutlich zu machen: die Stahlarbeiter sind kampfbereit!

Arbeitgeberforderungen zum MTV Stahl

§ 3 Ziff. 3

3. Durch Betriebsfeiern, Volksfeste, öffentliche Veranstaltungen oder aus ähnlichen Anlässen an Werktagen ausfallende Arbeitszeit kann nach Vereinbarung mit dem Betriebsrat auf die Werktagen von 5 zusammenhängenden, die Ausfalltage einschließenden Wochen verteilt werden. Dasselbe gilt, wenn in Verbindung mit Feiertagen Arbeitszeit an Werktagen ausfällt, um Arbeitnehmern eine längere zusammenhängende Freizeit zu gewähren.

Durch Betriebsfeiern, Volksfeste, öffentliche Veranstaltungen oder aus ähnlichen Anlässen ausfallende Arbeitszeit kann nach Vereinbarung mit dem Betriebsrat auf die Kalendertage von fünf zusammenhängenden, die Ausfalltage einschließenden Wochen verteilt werden. Dasselbe gilt, wenn in Verbindung mit Feiertagen Arbeitszeit an Werktagen ausfällt, um Arbeitnehmern eine längere zusammenhängende Freizeit zu gewähren. Planmäßige Schichten können auch aus sonstigen Gründen und auch über den Fünf-Wochen-Zeitraum hinaus verlegt werden.

Wird eine planmäßige Schicht auf Wunsch des Arbeitgebers erst bei oder nach Arbeitsantritt verlegt, so ist eine Entschädigung zu zahlen, die den entstandenen Mehraufwand ausgleicht. Arbeitgeber und Betriebsrat können eine Pauschalvergütung vereinbaren, die nicht weniger als vier Stundenverdienste beträgt.

§ 6 Ziff. 1 Abs. 3

Soweit von Angestellten geringfügige Mehrarbeit verrichtet wird und diese nur gelegentlich auftritt und im Grenzfall eine halbe Stunde nicht überschreitet, gilt sie nicht als Mehrarbeit und ist im Einvernehmen mit dem zuständigen Vorgesetzten auf die regelmäßige Arbeitszeit der folgenden Arbeitstage anzurechnen.

Soweit geringfügige Mehrarbeit verrichtet wird und diese nur gelegentlich auftritt und im Grenzfall eine halbe Stunde nicht überschreitet, gilt sie nicht als Mehrarbeit.

§ 8 Ziff. 2

- Die Betriebsvereinbarung muß u. a. folgendes regeln:
 1. Beginn und Dauer der Kurzarbeit; zwischen dem Abschluß der Betriebsvereinbarung und dem Beginn der Kurzarbeit muß ein Zeitraum von einer Woche liegen;
 2. Lage und Verteilung;
 3. Personenkreis.
1. Beginn und Dauer der Kurzarbeit; zwischen dem Abschluß der Betriebsvereinbarung und dem Beginn der Kurzarbeit soll ein Zeitraum von einer Woche liegen;

(übriger Text unverändert)

§ 12 Ziff. 3

- Urlaubsjahr ist das Kalenderjahr.
- Den folgenden Absatz anfügen: In begründeten Ausnahmefällen, z. B. um eine zusammenhängende Freistellung von Weihnachten bis Neujahr zu erreichen, können bis zu fünf Urlaubstage im Vorgriff auf das nächste Urlaubsjahr genommen und gewährt werden.

§ 14 Ziff. 1

Aufgrund des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbehinderter erhalten Schwerbehinderte einen zusätzlichen Urlaub von 6 Arbeitstagen im Jahr.

Aufgrund des Schwerbehindertengesetzes erhalten Schwerbehinderte einen zusätzlichen Urlaub.

§ 16 Ziff. 2 Abs. 1

- Voraussetzung und Höhe der Verdienstsicherung sind:
 - nach dem vollendeten 45. Lebensjahr und 15 Jahren Beschäftigungszeit
90 Prozent des bisherigen Durchschnittsverdienstes
 - nach dem vollendeten 50. Lebensjahr und 10 Jahren Beschäftigungszeit
100 Prozent des bisherigen Durchschnittsverdienstes
 - nach dem vollendeten 55. Lebensjahr und 5 Jahren Beschäftigungszeit
100 Prozent des bisherigen Durchschnittsverdienstes.
- Voraussetzung und Höhe der Verdienstsicherung sind:
 - nach dem vollendeten 45. Lebensjahr und 15 Jahren Beschäftigungszeit
80 Prozent des bisherigen Durchschnittsverdienstes
 - nach dem vollendeten 50. Lebensjahr und 10 Jahren Beschäftigungszeit
90 Prozent des bisherigen Durchschnittsverdienstes
 - nach dem vollendeten 55. Lebensjahr und 5 Jahren Beschäftigungszeit
90 Prozent des bisherigen Durchschnittsverdienstes

§ 16 Tz. 3.1.1 letzter Absatz

Bei Tariflohnernhöhungen ist der Geldbetrag gemäß Buchst. a entsprechend zu erhöhen.

ersetzen durch: 12 Monate nach Beginn der Verdienstsicherung wird der Geldbetrag gemäß Abs. 2 Buchst. b monatlich um jeweils 10 PF/Stunde gekürzt.

§ 16 Tz. 3.1.2 letzter Absatz

Bei Tarifierhöhungen ist der Geldbetrag gemäß Buchst. a entsprechend zu erhöhen.

streichen.

§ 17 Tz. 6.3

6.3. Einem Arbeitnehmer, der das 50. Lebensjahr vollendet hat und dem Betrieb oder Unternehmen mindestens 15 Jahre angehört, kann nur noch aus in der Person oder im Verhalten des Arbeitnehmers liegendem wichtigen Grund oder bei Vorliegen eines Sozialplans gekündigt werden.

6.3. Einem Arbeitnehmer, der das 50. Lebensjahr vollendet hat und dem Betrieb oder Unternehmen mindestens 15 Jahre angehört, kann nur noch aus einem in seinem Verhalten liegenden Grund oder bei Vorliegen eines Sozialplans oder aus wichtigem Grund gekündigt werden.

EIN Toter ist zuviel!

Günther Sare ist tot

36 Jahre alt. Schlosser von Beruf. Wohnung im Frankfurter Gallus-Viertel, einem Arbeiterstadteil. Seit 15 Jahren politisch aktiv, in der Studentenbewegung, gegen die Springer-Presse, gegen Wohnraum-spekulation, gegen den Bau der Startbahn West, gegen Ausländerfeindlichkeit und Faschisten...

Günther Sare war einer von über 700 Demonstranten, die am Samstag, dem 28.9.85, gegen die Auftaktveranstaltung der hessischen NPD für den Bundestagswahlkampf 1987 protestierten. Provokativ hatte sich die NPD ausgerechnet den 5. Jahrestag des faschistischen Terroranschlags auf das Münchener Oktoberfest für diese Veranstaltung ausgesucht. Provokativ waren 1000 Polizisten im Einsatz — zum Schutz der Faschisten.

Um 20.52 Uhr heult der Motor des schweren 15-Atü-Wasserwerfers „IV/1“ auf. Er rast in voller Fahrt auf eine Demonstrantengruppe zu, die die Wasserkanone in Betrieb. Günther wird, wie Augenzeugen berichten, mehrfach vom Wasserstrahl erwischt und fällt auf die Straße. Kurz darauf gellen Schreie — „Polizisten Mörder“ — über die Kreuzung Frankenallee/Hufnagelstraße. Auf dem Asphalt leisten Sanitäter Erste Hilfe. Der tonnenschwere Wasserwerfer ist Günther über die Brust gefahren, die Verletzungen sind tödlich.

Neben den Verletzungen im Brustbereich hat Günther eine schwere Kopfverletzung und einen Schädelbruch. Blut lief ihm aus Mund, Nase und Ohren. Augenzeugen führen die Kopfverletzungen auf den Sturz zurück, die Staatsanwaltschaft will Verletzungen durch einen Steinwurf nicht ausschließen, erklärt aber Samstagabend noch: „Gestorben ist er jedenfalls nicht an den Folgen des Steinwurfs.“ (Sprecher der Staatsanwaltschaft Frankfurt, Rochus).

Nur 24 Stunden später ist plötzlich alles ganz anders gewesen, jetzt ist sich die Staatsanwaltschaft nicht mehr sicher, ob Günther durch den Wasserwerfer der Polizei getötet wurde oder nicht. Es ist das alte Lied: Immer, wenn Menschen durch Polizeieinsätze verletzt oder getötet wurden, werden „Beweise“ für andere Todesursachen gesucht und gefunden, denn die Polizei ist „Freund und Helfer“, sie tötet nicht...



Aufgehetzte Polizei

Die Frankfurter Polizei ist über Hessen hinaus bekannt und berüchtigt. Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Eskalationen in Frankfurt und Umgebung so endeten wie am Samstagabend. „Die harte Hand von Wallmann“ ist wie „die harte Hand von Lummer“ (Westberlin) nur Anzeichen dafür, was sich an Entwicklungen im Polizeiapparat insgesamt vollzieht. Systematisch wird unter Zimmermanns Hoheit ein Haßklima gegen politische Gegner geschürt. Vermummte Demonstranten werden als „potentielle Staatsfeinde“, „als Umfeld

mutmaßlicher Terroristen“ eingestuft, „Demonstranten in schwarzer Kleidung“ sind „potentielle Gewalttäter“, gegen die mit „äußerster Härte“, „kompromißlos durchgegriffen“ werden muß. Sind dann Demonstranten, wie jetzt am Samstag, der Polizei von anderen Einsätzen her (Startbahn West) bekannt, dann muß noch nicht einmal ein entsprechender Einsatzbefehl kommen, dann wird durchgegriffen, dann „wird die offene Rechnung beglichen“ — schließlich können nur gute Staatsschützer in der Bereitschaftspolizei, im Sonder-Einsatz-Kommando beruflich Karriere machen!

DEUTSCHE POLIZISTEN



schützen die FASCHISTEN

Staatsschutz für Faschisten

Das besondere Politikum am Tode von Frankfurt ist die Tatsache, daß Günther sterben mußte, damit 200 Faschisten sich treffen konnten, um darüber zu beraten, wie sie im Wahlkampf '87 Volksverhetzung gegen die Ausländer betreiben können, wie sie die Arbeitslosigkeit als Klima nutzen können, um den Ruf nach einem starken Mann, nach einem neuen Hitler, zu schüren.

40 Jahre nach dem II. Weltkrieg, 5 Jahre nach dem schrecklichen Massaker vom Münchener Oktoberfest ist das Auftreten der Faschisten für diesen Staat „keine Störung der öffentlichen Sicherheit“. Die öffentliche Sicherheit stört derjenige, der gegen Faschisten demonstriert und Faschistentreffen verhindern will!

Wieviel Freiraum soll den Faschisten eigentlich noch gewährt werden? Wann endlich werden die faschistischen Organisationen verboten, ihre Büros geschlossen, ihre Propaganda verhindert, ihre Anführer verhaftet und eingesperrt?

Ein Toter ist zuviel!

Schluß mit den Polizeieinsätzen gegen Antifaschisten!

Rückhaltlose Aufklärung über den Tod von Günther Sare! Bestrafung der Schuldigen!

Nicht das erste Mal

Günther Sare ist nicht das erste Opfer eines Wasserwerfer-Einsatzes in Frankfurt. Vor elf Jahren, am 29. Mai 1974, fand in Frankfurt eine Demonstration gegen Fahrpreiserhöhungen statt. Mehrere Hundertschaften der Polizei, fünf Wasserwerfer sind im Einsatz. Einer von ihnen fährt in eine Demonstrantengruppe. Thomas Hytrek, ein 17-jähriger Schüler, der nur dabei war, weil er Photos machen wollte, wird von dem Wasserwerfer erfaßt. Wegen schwerer Kopfverletzungen schwebt er tagelang in Lebensgefahr. Thomas Hytrek hat überlebt.

Aber wenn jetzt in Hessen (und hoffentlich auch anderswo) über die Gefährlichkeit von Wasserwerfern diskutiert wird, sollte man auch über das sprechen, was am 29. Mai 1974 in Frankfurt passiert ist. Denn schon vor elf Jahren wäre beinahe ein Mensch durch einen Wasserwerfer getötet worden.

Ihr Tod war kein Zufall

Günther Sare ist nicht das erste Opfer brutaler Polizeieinsätze bei Demonstrationen. Wir wissen nicht, ob die folgende Aufstellung vollständig ist. Aber wir wissen, daß der Tod dieser Menschen kein Zufall war. Die Unglücksversion, die die Polizei in fast allen Fällen geliefert hat, verliert ihre Glaubwürdigkeit, wenn man sich klar macht: so viele Menschen starben bei Demonstrationen durch die Polizei. Nie wurde ein Polizist getötet. Zufall?



Philipp Müller
Philipp Müller, Mitglied der FDJ, wurde am 11. Mai 1952 bei einer Demonstration gegen die Remilitarisierung von der Polizei erschossen.



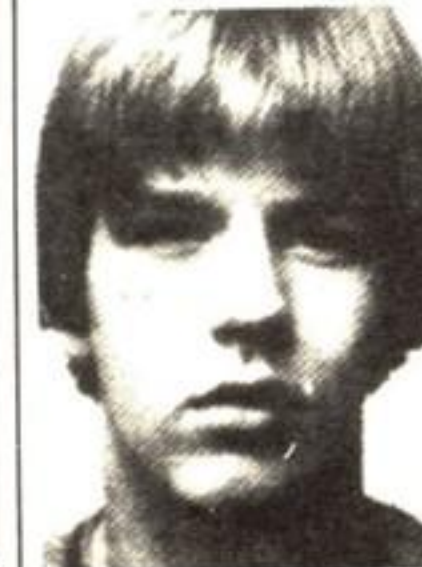
Benno Ohnesorg
Am 2. 6. 1967 wurde der Student Benno Ohnesorg bei einer Demonstration gegen das Schah-Regime von dem Polizisten Kurras erschossen.



Klaus Frings und Rüdiger Schreck
Ostern 1968 starben bei einer Demonstration vor dem Münchner Druckhaus der Bild-Zeitung nach dem Attentat auf Rudi Dutschke der Student Rüdiger Schreck und der Journalist Klaus Frings. Die offiziellen Ermittlungen der Polizei konnten die Todesursachen angeblich nicht klären. Die Münchner Rechtshilfe trug Zeugenaussagen zusammen, denen zufolge die tödlichen Kopfverletzungen, an denen Rüdiger Schreck und Klaus Frings starben, auf Gewaltanwendung durch die Polizei zurückzuführen waren.



Olaf Ritzmann
Am 29.8.1980 nahm der 17-jährige Tischler-Lehrling Olaf Ritzmann in Hamburg an einer Demonstration gegen Strauß teil. Ein brutaler Polizeieinsatz mit Schlagstock und Tränengas zwang zahlreiche Demonstranten zur Flucht auf Bahngleise. Olaf wurde von einem S-Bahn-Zug erfaßt und tödlich verletzt.



Klaus Jürgen Rattay
Der 18-jährige Klaus Jürgen Rattay demonstrierte gegen die Räumung besetzter Häuser in Westberlin. Er wurde von der Polizei vor einen anfahren Bus getrieben und tödlich verletzt.

Bericht aus Frankfurt



An dieser Stelle starb Günther Sare — getötet durch einen Wasserwerfer der Polizei

Am Samstagabend trafen sich im Haus Gallus 60 NPD-Anhänger, um dort ihre Auftaktveranstaltung zum Bundestagswahlkampf 1987 abzuhalten. In ihren Flugblättern hatten die Nazis schon vorher angekündigt: „Wir lassen uns aus dem Gallus nicht vertreiben.“ Im Frankfurter Gallus-Viertel, einem Stadtteil mit einem Ausländeranteil von mehr als 40 Prozent, stoßen die ausländerfeindlichen Aktivitäten der Nazis auf Widerstand. Schon in der Vergangenheit haben Bürger aus dem Gallus gegen die Provokationen der NPD protestiert und versucht, ihr Auftreten im Stadtteil zu verhindern. Eine Bürgerinitiative zur Verhinderung von Nazi-Aktivitäten hatte sich gegründet.

So veranstalteten am Samstag zahlreiche Organisationen ein deutsch-ausländisches Freundschaftsfest und eine Protestkundgebung gegen die NPD. Rund 1000 Personen protestierten friedlich gegen die Nazis. Die Stadt Frankfurt hatte der NPD das Haus Gallus zur Verfügung gestellt, obwohl nach dem Grundgesetz und der hessischen Verfassung die ausländerfeindliche Hetze und das Auftreten von Nazis

verboten sind.

Ein starkes Polizeiaufgebot hat den Nazis den Weg in das Haus Gallus freigezogen, in dem vor mehr als 20 Jahren vor der Weltöffentlichkeit der Auschwitz-Prozess stattfand, der die barbarischen Folgen faschistischer Politik vor Augen führte.

CDU-Oberbürgermeister Wallmann hat sich um ausländerfeindliche Stimmung in Frankfurt verdient gemacht. Eine CDU-Anzeige im Kommunal-Wahlkampf lautete: „Das Ausländerproblem liegt in ihrer Hand.“ Das bedeutete Aufwind für die Nazis und für ihre Ausländer-raus-Parolen, die sie in der vergangenen Woche an die Häuserwände im Gallus-Viertel gesprüht haben.

Um die NPD-Veranstaltung abhalten zu können, arbeiteten NPD-Ordner und Polizisten Hand in Hand. Die Polizei bildete für die eintreffenden Nazis Spalier. Das Ziel der Polizei war offensichtlich, die Straße mit brutaler Gewalt für die alten und neuen Nazis freizuprägeln. Immer wieder provozierte die Polizei mit Schlagstöcken und Worten.

Gegen 20.30 Uhr, die Kundgebung der Antifaschi-

sten war friedlich verlaufen, beschloß die Polizeiführung, die Kreuzung Frankenallee/Hufnagelstraße vollkommen von Gegendemonstranten zu säubern. Ein Augenzeuge berichtete es so:

„Zunächst spritzte ein Wasserwerfer die Kreuzung frei. Ein zweiter bog kurz darauf aus entgegengesetzter Richtung ein, hielt kurz, richtete seine beiden Wasserkanonen in einem Winkel von etwa 45 Grad nach unten und spritzte den etwa 10 bis 12 Meter entfernten Günther Sare an. Beinahe gleichzeitig fuhr er an und dem vor dem Wasserstrahl Schutz suchenden Günther Sare hinterher. Dieser drehte sich kurz um, bemerkte nun, daß er vom Wasserwerfer verfolgt wird und wollte nach rechts ausweichen. Es war aber zu spät. Der 40 Tonnen schwere Wasserwerfer war schon heran, warf ihn zu Boden und überrollte ihn.“

Alle 30 Augenzeugen, die sich dem Ermittlungsausschuß, der sich gebildet hat, um den von der Mutter und anderen gestellten Strafanzeigen gegen die Besetzung des Wasserwerfers und gegen Polizeipräsident Gemmer zum Erfolg zu verhelfen, be-

richten, daß sich Günther Sare zu diesem Zeitpunkt alleine auf der Straße befand, daß die Scheinwerfer des Wasserwerfers ihn voll erfaßten und daß die Besatzung seinen Tod bewußt in Kauf genommen hat.

Skandalös ist auch das anschließende Verhalten der Polizei, als sie einen anwesenden Arzt und Sanitäter während ihrer Hilfeleistung behinderte und beschimpfte. Mit der Bemerkung: „Was, du Chaot willst Arzt sein“ weigerte sich die Polizei, die Scheinwerfer ihrer Fahrzeuge auf den am Boden liegenden Günther Sare zu richten, so daß die Helfer den Schwerverletzten 10 Meter weiter vor die Beleuchtung eines privaten PKWs schleppen mußten.

Heute halten an der Stelle, an der Günther Sare getötet wurde, Antifaschisten Tag und Nacht die Ehrenwache. Sie wollen diese Wache bis zum Zeitpunkt seiner Beerdigung fortsetzen. Vor seinem Bild häufen sich Blumen. Die Seiten in dem ausgelegten Kondolenzbuch füllen sich mit Namen trauernder Antifaschisten. Jugendliche an der Mahnwache aus dem Jugendzentrum Bocken-



Freunde versuchen Günther Sare zu helfen. Der Notarztwagen kommt erst nach 22 Minuten.

heim, in dem Günther Sare gearbeitet hat, berichten über seine antifaschistische Gesinnung, darüber, wie er sich gerade um die Freundschaft und Zusammenarbeit mit ausländischen Jugendlichen bemüht hat.

Aber selbst an diesem Ort können sich Antifaschisten, Trauernde nicht ungestört von der Polizei versammeln. Am Montag Abend beispielsweise hielten hunderte von Polizisten die Kreuzung abgesperrt, völlig grundlos fuhr ständig Polizeifahrzeuge herum.

Der Antifaschist Günther Sare ist das Opfer eines brutalen Polizeieinsatzes. Für die Verbreitung von ausländerfeindlichen Parolen durch die NPD haben die verantwortlichen Politiker und die Polizeiführung seinen Tod bewußt in Kauf genommen. Auch Oberbürgermeister Wallmann trägt Schuld. Er hat die städtischen Räume an die Nazis vermietet. Er hat die Nazis ermuntert. Er hat mit massivem Polizeieinsatz die Abhaltung der Nazi-Veranstaltung ermöglicht.

Der Tod von Günther Sare ist das Ergebnis der von Wallmann und der CDU mitgeschürten ausländerfeindli-

chen Stimmung, er ist das Opfer von gegen Demonstranten aufgehetzten Polizisten, die in ihren zahllosen Einsätzen gegen Gegner der Startbahn West zügelloser und hemmungsloser in ihren Mitteln geworden sind.

40 Jahre nach dem Ende des grausamen Hitler-Terrors ist es wieder so weit, daß nicht die Umtriebe von Faschisten unterbunden, sondern Antifaschisten verprügelt werden und unter den Rädern der Demokratie-wächter sterben.

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus — diese Schlußfolgerung wurde nach 1945 von der Mehrheit unseres Volkes gezogen. Das bedeutet heute: Verbot der NPD und aller faschistischer Organisationen, volle Aufklärung über den Tod von Günther Sare, Bestrafung der Verantwortlichen. Oberbürgermeister Wallmann und Polizeipräsident Gemmer müssen endlich zurücktreten. Das sind Forderungen, die während der Proteste dieser Tage von Frankfurter Antifaschisten immer wieder zu hören sind.

Günther Sares Tod soll eine Mahnung sein, dafür verstärkt einzutreten.



Frankfurt am Sonntagabend. Ca. 300 Demonstranten haben sich auf dem Platz vor dem Hauptbahnhof versammelt. Hunderte von Polizisten haben sie umzingelt. Fünf Wasserwerfer sind auf sie gerichtet. Niemand darf durch den Polizeikordon passieren. Nach und nach werden alle, die sich in dem Ring befinden, festgenommen und auf die Wache ge-fahren.

Traueranzeige von Frankfurter Gewerkschaftern

Wir trauern um Günther Sare, 36, getötet am 28.9.85 in Frankfurt. Unser Kollege, der Arbeiter Günther Sare, ist tot. Getötet durch einen Wasserwerfer der Polizei im Rahmen eines bürgerkriegsähnlichen Polizeieinsatzes. Wir hatten gemeinsam gegen eine Veranstaltung der faschistischen NPD im Haus Gallus protestiert.

Die Verantwortung für seinen Tod liegt auch bei denen, die diese gewerkschafts- und ausländerfeindliche Veranstaltung in öffentlichen Räumen ermöglicht haben.

Wir fordern:

- Bedingungslose Aufklärung des Todes von Günther Sare
- Bestrafung der polizeilichen und politischen Verantwortlichen
- Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen

Aufbruch in Brixton



Nicht einmal zwei Wochen nach den Unruhen in Birmingham-Handsworth kam es am vergangenen Wochenende in London-Brixton erneut zu Protesten von hauptsächlich schwarzen Jugendlichen. Der in Rundfunk- und Pressemeldungen oft nur am Rande erwähnte, „völlig unerklärliche“ Auslöser der Proteste war ein terroristischer Polizeiakt: Bei einer Hausdurchsuchung war eine sieben Mann starke Polizeieinheit auf der Suche nach dem 19-jährigen Michael Groce eingefallen. Dabei schossen sie seiner Mutter, der 38-jährigen Cherry Groce in den Rücken, sie wird nie wieder gehen können. Der Sohn war gar nicht anwesend. Die Polizeierklärungen, es sei „aus Versehen“ geschehen, oder ein „tragischer Unfall“ akzeptierten vor allem die Jugendlichen in Brixton nicht, die schon lange unter sozialen Härten und dem Polizeiterror leiden. Mit einhundert Mann zogen sie gegen das Polizeihauptquartier. Die Behörden reagierten wie im Falle Handsworth — sie ließen den Stadtteil Brixton praktisch militärisch besetzen, riegelten ihn mit 1000 Schwebewaffneten ab, schlossen die U-Bahn, legten den Eisenbahnverkehr still. Was nicht verhindern konnte, daß es Aufbruch gab in Brixton: Demonstrationen, Brandstiftungen, Plünderungen und Straßenschlachten mit der Polizei waren Zeichen der Empörung und der Wut der jungen Leute in Brixton, die sieben Stunden lang den Stadtteil auf den Kopf stellten. 45 von ihnen wurden verhaftet.

„Staatlicher Terrorismus“

Noch lange kein Ende des Greenpeace-Skandals

„Die Wahrheit ist grausam“, sagte Frankreichs Premierminister Fabius, als er zugeben mußte, daß der französische Geheimdienst zweifelsfrei hinter dem Attentat auf das Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrior“ steht. Aber die Wahrheit ist noch lange nicht ganz raus, über den brutalen Akt, den Neuseelands Premierminister Lange zu Recht „staatlichen Terrorismus“ nannte.

Der Verteidigungsminister Hernu mußte gehen, er ist jetzt der Sündenbock — politisch natürlich nur, denn den Befehl für den Bombenanschlag, bei dem ein portugiesischer Greenpeace-Fotograf ermordet wurde, hat er natürlich nicht gegeben. Keiner hat ihn nach den „bisherigen Erkenntnissen“ der französischen Regierung überhaupt gegeben. Und ganz bestimmt, so sagte Frankreichs Premier Fabius, werden die nicht zur Rechenschaft gezogen, die lediglich „Befehle“ im guten Glauben ausgeführt hätten. Das erinnert fatal an die Übernahme von Grundsätzen der westdeutschen Justiz in der Behandlung von Nazi-Verbrechen. Für den ebenfalls geschafften Geheimdienstchef wurde ein hoher General Geheimdienstchef und all dies läßt auf ganz bestimmte Dinge schließen: die stark angeschlagene Regierung schont vor allem die Militärs. Egal, wer nun genau, mit wessen Billigung den Befehl gegeben hat, tiefgreifende Änderungen, Konsequenzen aus dem Verbrechen wird es nicht geben. Mit der Übernahme der „politischen“ Verantwortung durch den Verteidigungsminister Hernu und den Stellenwechsel an der Spitze des Geheimdienstes will man nur die aufgebrachtten Gemüter beruhigen, vor allem aber die Armee beschwichtigen, die sich nicht nur keiner Schuld bewußt ist, sondern eine solche Politik

weitermachen will.

Der eigentliche Skandal liegt einmal in der ganz offenbar werdenden völligen Charakterlosigkeit der sogenannten sozialistischen Regierung Frankreichs — bis hinauf zum Atom-Präsidenten Mitterrand, der im Südpazifik Frankreichs Atommacht mit Terror und weitgehender Umweltverschmutzung weiterentwickeln will. Aber nicht zuletzt auch darin, daß dieser Skandal die Macht der Geheimdienste und der mit ihnen verbündeten Militärs zeigt. Einer Macht, die nicht nur eigenständig „Politik“ bis hin zu terroristischer Politik machen kann, sondern auch internationale Spannungen verschärfen und die Kriegsgefahr erhöhen kann.

In der Presse wird der „Greenpeace-Skandal“ oft nur so dargestellt, daß der französische Geheimdienst wohl ziemlich ungeschickt ist und die Regierung unklug taktiert. Ähnlich wie in der Berichterstattung der Wanderung von Agenten von Bonn nach Berlin/DDR ist das wohl — gelinde gesagt — eine sehr oberflächliche Betrachtungsweise. Eine Betrachtungsweise, auf die „unsere“ Sozialdemokraten voll abfahren, wenn sie in der Bonner Dauer-Spionageaffäre immer wieder die „Gefahr für die Effizienz der Dienste“ beschwören. **Egal wo: Weg mit den Geheimdiensten.**

KP Brasiliens — legal

Die beiden untenstehend abgedruckten Korrespondentenberichte basieren auf der Tatsache, daß die KP Brasiliens seit Frühsommer dieses Jahres nach 37 Jahren der Illegalität wieder eine legal zugelassene Partei ist. Die Freiheit, sich politisch zu organisieren, war eine der Grundforderungen des Kampfes gegen die Militärdiktatur und ihre Hintermänner gewesen. Deshalb gab es auch einen breiten demokratischen Willen für die Zulassung aller demokratischen politischen Parteien.

Die sehr intensiv ge-

führte Kampagne für die Wiederzulassung der PC do Brasil reichte auf dieser Basis weit über die Reihen der Mitglieder und Wähler der Partei hinaus, auch weit über die Reihen der Gewerkschafts- und Jugendbewegung, auf die sie sich vor allem stützte bis hin zu hohen Funktionären und Abgeordneten anderer Parteien.

Im Mai übergab dann eine Delegation der Partei unter der Führung des Genossen Joao Amazonas die Dokumente der Partei der entsprechenden staatlichen Stelle und wenige

Wochen danach wurde die Partei offiziell zugelassen. Bereits in der Zeit davor hatte die Partei ihre legale Tätigkeit so weit ausgeweitet, daß sie kaum noch von anderen Parteien zu unterscheiden war.

Die Zulassung der KP Brasiliens ist ein Sieg nicht nur für die brasilianischen Kommunisten, sondern für die ganzen demokratischen Bestrebungen dieses Volkes. Er ist auch ein Grund zur Freude für die Kommunisten aller Welt, die den Kampf dieser erfahrenen Partei stets voll Anteilnahme verfolgt und nach Kräften unterstützt

haben.

Die KP Brasiliens als legale Partei — davon geben auf ihre Weise auch die hier wiedergegebenen Korrespondentenberichte einen Eindruck — bedeutet auch verbesserte Bedingungen im gegenwärtigen Kampf um eine weitere, konsequente Demokratisierung des Landes. Der Kampf gegen all jene, die behaupten, jetzt wäre bereits genügend demokratisiert worden, die so die Bestrebungen vor allem der Arbeiterklasse unterdrücken wollen, ist mit einer seitdem wesentlich gestärkten KPB besser zu führen.

Kommunistische Abgeordnete kehren nach 37 Jahren ins Parlament zurück

„Die Kommunistische Partei Brasiliens, die immer auf der Seite des Volkes war, kehrt heute in den National-Kongreß (Parlament) zurück. Wir sind sicher, es ist der Wille des Volkes, daß wir auf diese Stühle zurückkehren.“ Mit diesen Worten nahm der Abgeordnete Haraldo Lima den Platz des Vorsitzenden der Parlamentsgruppe der Kommunistischen Partei Brasiliens im Parlament ein. Mit ihm tat dies der Abgeordnete Aurélio Peres.

Zuvor hatten Haraldo Lima und Aurélio Peres ihre Entscheidung offiziell den Abgeordneten Ulysses Guimarães, Parlamentspräsident und Vorsitzender der PMDB und Pimenta da Veiga, Fraktionsvorsitzender der PMDB mitgeteilt. So wurde auch formal eine Parlamentariergruppe der PC do Brasil gebildet.

Haraldo Lima wurde in Bahia mit 51 000 Stimmen im Jahre 1982 gewählt. Von 1976—79 war er aus politischen Gründen in Haft, zuvor lebte er schon viele Jahre in der Illegalität, in Städten und auf dem Lande und arbeitete als Tagelöhner im Kakaoanbaugebiet.

Aurélio Peres, schon zum zweiten Male gewählt, ist mit 61 000 Stimmen Abgeordneter aus Sao Paulo. In der Geschichte des Parlamentes ist er bisher der einzige gewählte

Metallarbeiter. Ehemals Landarbeiter, ist er seit den 60er Jahren ein Arbeiterführer und machte sich im April 1983 einen Namen bei der „Rebellion gegen den Hun-

ger“, bei der Verteidigung der Rechte der Arbeitslosen.

Franz Kreuzat



Haraldo Lima aus Bahia

Elza Monnerat wird Ehrenbürgerin der Stadt Rio de Janeiro

Elza de Lima Monnerat wurde am 9. August dieses Jahres zur Ehrenbürgerin der Stadt Rio de Janeiro ernannt. Sie war die letzte Frau, die im Rahmen der Amnestie von 1979 aus den Kerkern der Diktatur freigelassen wurde. Elza, mit heute 68 Jahren, ist eine „veterana“, eine Veteranin der Kommunistischen Partei Brasiliens (PC do B) und ehemalige Guerillakämpferin in Araguaia.

Mehr als 200 Personen waren im Parlamentsgebäude erschienen, um Elza Monnerat zu ehren. Es waren anwesend Vertreter der Volksversammlung, des Studentenverbandes, Vertreter politischer Parteien, wie die Abgeordneten Aloisio de Oliveira (er hatte Elza zur Ehrenbürgerin vorgeschlagen) und Alfonso Celso.

Elza betonte in ihrer Dankesrede, daß alle, Männer und Frauen, Junge und Alte am politischen Leben teilnehmen sollten, um das neue Parlament beeinflussen zu können, damit es nicht



Elza de Lima Monnerat

weiter Mutter der Reichen und Stiefmutter der Armen sei. „Meine Partei“, fügte sie hinzu, „die PC do B ist nun wieder legal und sie hat sich weit geöffnet für die Arbeiter, für Demokraten und Patrioten. In einigen Jahren werden auch sie sagen können, wie ich es heute nach

tritt in die Kommunistische Partei Brasiliens, der wichtigste und bedeutendste Schritt in meinem ganzen Leben war.“

Joao Amazonas hob die Wichtigkeit hervor, eine politische Aktivistin, eine Kämpferin für die Freiheit zu ehren.

Franz Kreuzat



Aurélio Peres aus Sao Paulo

ZITAT

„Die Firma Siemens wurde 1847 gegründet. Sie hat allein in Deutschland ich weiß nicht wie viele politischen Systeme durchlebt. Ich sage nicht: überlebt. Und ich sage auch nicht, mit jedem System gelebt. Sondern die Firma Siemens erfüllt ihre ganz bestimmte Rolle, nämlich elektronische Produkte zu erzeugen, zu

verteilen, gute Qualität zu liefern und damit menschlichen Bedürfnissen gerecht zu werden, die bestimmt genauso heilig und hochgehalten werden müssen wie die Befriedigung von bürgerlichen und politischen Rechten.“

Siemens-Geschäftsführer Werner F. Zieler, Johannesburg in einem „Spiegel“-Interview. (Nr. 40/85 S. 187)

Beispielhafte Solidarität



„Deutsches Geld morden in aller Welt“. Eine Blockade der Deutschen Bank in Bremen — anlässlich der Kämpfe in Südafrika und der Rolle der deutschen Banken im Geschäft mit dem Rassistenregime wurde am 19.9. in Bremen gewaltsam von der Polizei beendet.



Der nachfolgend abgedruckte Antrag der Vertreterversammlung der IG Metall/Lübeck wurde bei zwei Enthaltungen einstimmig angenommen. Wir finden, ein nachahmenswertes Beispiel von Solidarität mit den Schwarzen in Südafrika.

Antrag an die Vertreterversammlung der IG Metall/Lübeck

Die Vertreterversammlung möge folgende Resolution beschließen:

Wir verurteilen auf das Entschiedenste die Apartheidpolitik in Südafrika: die Rassentrennung, die totale Rechtlosigkeit der schwarzen Bevölkerungsmehrheit und die politische Unterdrückung mittels brutaler Gewalt.

Der Kampf der schwarzen Bevölkerungsmehrheit, der zugleich auch der Kampf der Gewerkschaftsbewegung ist, gegen das Rassistenregime verpflichtet uns zur Solidarität.

Wir tragen dabei eine hohe Verantwortung, denn es sind besonders auch Konzerne und Banken aus der Bundesrepublik Deutschland wie u.a. Siemens, VW und Dresdner Bank, die die Herrschaftsverhältnisse dort stützten und aus dem Elend der schwarzen Bevölkerung ihre Profite erzielen.

Und es ist die Bundesregierung, die trotz weltweiter Proteste nach wie vor eine Politik der Unterstützung des Rassistenregimes in Pretoria verfolgt.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- Bruch der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Pretoria bis zur Abschaffung der Apartheid;
- Stopp aller militärischen und paramilitärischen Güter nach Südafrika;
- Stopp aller Kredite;
- umfassender Wirtschaftsboykott.

Die Vertreterversammlung Lübeck der IG Metall bekundet ihre volle Solidarität mit dem Kampf der Unterdrückten in Südafrika und tritt für einen Boykott aller Waren aus Südafrika ein und für Maßnahmen, die geeignet sind, das Leben des Rassistenregimes zu verkürzen. Wir fordern, daß unverzüglich der Ausnahmezustand aufgehoben und Nelson Mandela und alle politischen Gefangenen freigelassen werden.

— Einstimmig angenommen bei zwei Enthaltungen —

Südafrika

Folter an festgenommenen

Die Lage in den Townships, den Wohnghettos der schwarzen Bevölkerung Südafrikas ist unverändert. Unter den Bedingungen des seit Juli verhängten Ausnahmezustands regiert der Polizeiterror. Aber bis heute hat er nicht die Befreiungsbestrebungen ersticken können.

Allein am vergangenen Wochenende starben sieben Menschen, wurden 62 Schwarze festgenommen, die sich gegen die Apartheid, das unmenschliche System der Rassentrennung, gewehrt haben. Neben hunderten Toten,

die die „Sicherheitskräfte“ bislang schon auf dem Gewissen haben, sind tausende verhaftet worden. In der letzten Zeit häufen sich Meldungen über Folterungen an den oppositionellen Schwarzen im Gefängnis. So hat der



Während der UNO-Vollversammlung

Harte Kritik am IWF

Während der Beratung der Vollversammlung der Vereinten Nationen griffen Vertreter von Entwicklungsländern die Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) massiv an. Hatte man so etwas von Perus neuem Präsidenten Alan Garcia schon fast erwartet, überraschte doch die vehemente Rede des brasilianischen Präsidenten José Sarney.

„Brasilien wird seine Auslandsschulden nicht mit Rezession, weder mit Arbeitslosigkeit noch mit Hunger bezahlen“, dies Zitat stammt aus der Rede des brasilianischen Präsidenten Sarney. Diese Worte sind eine Kampfansage an die berüchtigte „Außenpolitik“ des Internationalen Währungsfonds. Denn viele Staaten — wie auch Brasilien, als das Land mit den höchsten Schulden in der Welt — brauchen Kredite(!), um die Schulden zurückzahlen. Die aber bekommen sie nur, wenn sie die Auflagen des IWF erfüllen.

In der Regel sind das Auflagen, die die Staatsausgaben — hier vor allem Sozialleistungen — begrenzen, die fordern, Lebensmittelsubventionen und Verkehrssubventionen zu streichen, um den „Gesetzen des Marktes“ freien Lauf zu lassen. Diese Maßnahmen betrafen in allen bislang bekannten Fällen ausnahmslos die Armen des jeweiligen Landes, verschlechterten ihre soziale Lage, nahmen ihnen weg, um die Forderungen der ausländischen Banken zu be-

gleichen. Dagegen entwickelt sich in letzter Zeit eine immer stärkere Front.

Schon seit seinem Amtsantritt vor wenigen Monaten gehört Perus Präsident Alan Garcia zu den schärfsten Kritikern der IWF-Politik. Ausgehend von der Tatsache, daß kein lateinamerikanisches Land mehr seine Schulden zurückzahlen könne, ohne „für immer zu Gefangenen von Elend und Gewalt“ zu werden, verkündete er, sein Land werde in Zukunft nicht mehr als jährlich zehn Prozent seiner Exporterlöse zur Schuldendeckung ausgeben. Um seinen aufgezwungenen Verpflichtungen nachzukommen, müßte Peru 160 Prozent(!) seiner Exporterlöse zur Schuldentilgung aufwenden. Garcia weiter: „Wir werden es nicht akzeptieren, unsere wirtschaftliche Souveränität mit Hypotheken zu belasten oder Absichtserklärungen zu unterzeichnen, die verhängnisvolle Folgen für unser Volk haben werden“.

Der peruanische Präsident sagte, sein Land werde nunmehr nur „einen von zehn Dollar für die Außen-

südafrikanische Gewerkschaftsverband die Opfer von Übergriffen der Polizei in den Untersuchungsgefängnissen aufgefordert, mit ihren Fällen an die Öffentlichkeit zu gehen. Der 120000 Mitglieder umfassende schwarze Gewerkschaftsverband hat angekündigt, eine Dokumentation über Folterungen zusammenzutragen und hat allen Betroffenen zugesagt, sie nach ihren Aussagen vor Repressionen schützen zu wollen.

Zu den zahlreichen Berichten über Mißhandlungen in den Gefängnissen hat Rassenoberhaupt Pieter Botha jetzt erstmals Stellung genommen. Er wehrte sich dagegen, daß die „Sicherheitskräfte“ zum Freiwild für all jene gemacht werden, die Südafrika in die Knie zwingen wollen.

Der Widerstand in Südafrika wird immer breiter. Jetzt hat auch der Generalsekretär des südafrikanischen Kirchenrats alle Christen und Kirchen Südafrikas zur aktiven Teilnahme am, so wörtlich, „Befreiungskampf“ aufgerufen. Jetzt müsse gehandelt werden, meinte der prominente Kirchenführer.

Der Europarat in Straßburg hat die Freilassung aller politischen Gefangenen in Südafrika gefordert und die Regierung in Pretoria zur Beendigung des Ausnahmezustands aufgefordert. Die Bonner Wenderegierung zeigt sich weiterhin von allem Protest gegen das Rassistenregime unbeeindruckt, und weigert sich in irgendeiner Weise aktiv zu werden, die die Rassistenherrschaft gefährden könnte.

Morde an ETA-Genossen

Die vorwiegend aus gekauften französischen Kriminellen bestehenden „Antiterroristischen Befreiungsgruppen“ (GAL) haben in Frankreich vier im Exil lebende Mitglieder der baskischen Befreiungsorganisation ETA ermordet. Die GAL, die praktisch ausschließlich in Südfrankreich operiert, hat damals bislang 20 Morde, darunter auch viele an Nichtmitgliedern der ETA auf dem Gewissen.

Die Nachricht löste im Baskenland große Empörung aus. Am vergangenen Freitag war ein großer Teil des Baskenlandes durch einen Generalstreik lahmgelegt, den die Herri-Batasuna-Partei als politischer Arm der ETA und die baskische links-nationalistische Partei Euskadiko Ezkerra sowie andere linke Gruppen ausgerufen hatten. Dabei kam es in vielen Städten zu militanten Auseinandersetzungen mit der spanischen Polizei. Vor allem in San Sebastian, aber auch in Bilbao und Pamplona kam der gesamte Verkehr zum Erliegen, Straßensperren und Barrikaden waren aufgebaut worden.

Die ETA warf der französischen Gendarmerie vor, direkt in die Morde verwickelt zu sein. Das Regionalparlament des Baskenlandes verabschiedete einen Aufruf an die Regierung in Madrid, die staatlichen Sicherheitskräfte, Militär, die Guardia Civil und die spanische Polizei abzurufen. Das sei eine Vorbedingung für ein Friedensabkommen zwischen der ETA und der Zentralregierung in Madrid.

Die Demonstrationen und der Generalstreik im Baskenland fielen mit dem Gedenktag für die letzten fünf Hingerichteten des Franco-Regimes zusammen. Vor zehn Jahren, am 27. September 1973 waren drei antifaschistische Kämpfer der FRAP und zwei der ETA ermordet worden. Die FRAP (Frente Revolucionaria Antifascista y Patriótica) war eine breite revolutionäre Kampforganisation gegen die faschistische Franco-Diktatur. Von der FRAP wur-



José Luis Sánchez Bravo.

den vor 10 Jahren die Genossen Xosé Baena, José Luis Sánchez Bravo und Ramón García Sanz, von der ETA die Genossen Txiqui und Otaegui hingerichtet. Eine internationale Protestwelle konnte diese letzten Greuelthaten des Franco-Regimes nicht mehr verhindern.

Das Furchtbare vergessen?

Eine Gedenkfeier im kleinsten, offiziellen Kreis am Haupteingang zur Münchner Wies'n war alles, was die Stadt München — von anderen staatlichen Stellen in Bayern und in Bonn ganz zu schweigen — für notwendig hielt, um des furchtbaren Blutbades auf dem Münchner Oktoberfest vor fünf Jahren zu gedenken.

Damals, wenige Tage vor der Bundestagswahl, bei der F. J. Strauß Kanzler werden wollte, waren dreizehn Menschen getötet und 218 schwer verletzt worden. Strauß ließ sich damals wenige Stunden nach dem Bombenattentat „tief betroffen“ am Ort des furchtbaren Blutbades fotografieren. Wiederum einige Stunden später waren die Opfer, die Toten und Schwerverletzten, für ihn nur noch Wahlkampfmunition. Mal machte er gegenüber den Medien den damaligen Innenminister Baum, mal DDR-Agenten für das Attentat verantwortlich. Diese Äußerungen lassen ahnen, zu welchem Schlag Strauß und seinesgleichen gegen alles, was in ihren Augen links ist, ausgeholt hätten, wenn nicht die Spuren des Attentats selbst ausdrücklich in eine andere Richtung gewiesen hätten.

Unter den Toten fand man nämlich auch die Leiche eines gewissen Gundolf Köhler, der durch einen in der Nähe liegenden Personal ausweis identifiziert werden konnte. Gundolf Köhler aber, das wurde schnell klar, war aktiver Anhänger der Wehrsportgruppe Hoffmann, die erst wenige Monate zuvor gegen den Widerstand der bayerischen Behörden von Innenminister Baum verboten worden war.

Der Verdacht lag also sehr nahe, daß das Oktoberfest-Attentat genau wie das blutige Massaker in Bologna wenige Wochen zuvor das Werk faschistischer Kräfte war. Durchgeführt, um es entweder nachträglich Linken in die Schuhe zu schieben oder — falls das nicht möglich sein sollte — einfach Angst und Schrecken in der Bevölkerung zu erzeugen, sozusagen Strauß an die Macht zu bomben.

Obwohl die Spuren eindeutig in die Richtung neonazistischer Gruppen wiesen, verkündeten zunächst bayerische CSU-Politiker und dann auch der mit den Ermittlungen beauftragte Bundesanwalt Rebmann, daß man es ihrer Ansicht nach hier nicht mit einer „politisch motivierten“ Tat zu tun habe. Gundolf Köhler sei ein Einzeltäter. Und dabei blieb es. Mit dem gleichen „Ermittlungs“-Ergebnis stellte die Bundesanwaltschaft nach 20 Monaten, im Jahre 1982, ihre Untersuchungen ein.

Es gab zwar für kurze Zeit noch einmal Nachuntersuchungen, die der Rechtsanwalt der Opfer erzwungen hatte, aber ohne ernsthaften Versuch, tatsächlich die Schuldigen für das Oktoberfest-Attentat zu finden.

Dafür, daß jetzt, fünf Jahre nach dem Attentat, doch erste Ergebnisse ernsthafter und objektiver Ermittlungen auf dem Tisch liegen, kann die Bundesanwaltschaft nichts. Denn diese Ermittlungen hat ein Rundfunkjournalist, Ulrich

tisches Motiv“ gegeben. Vielmehr sei Gundolf Köhler persönlich am Ende gewesen. Sein Verbrechen sei als „Fazit einer persönlichen Katastrophe“ zu begreifen.

Die Ermittlungsbehörden wußten, ohne lange zu überlegen und auch ohne irgend-

war bei der Aktion gegen das Oktoberfest in München dabei.“ Diesen Hinweis wischte die Bundesanwaltschaft mit der Behauptung vom Tisch, daß Wagner für die Tatzeit ein Alibi habe. Ein Ermittler des Bundeskriminalamtes erklärte dage-



Bombenattentat auf dem Oktoberfest 1980

Chaussy, durchgeführt. In seinem jetzt im Luchterhand Verlag erschienenen Buch „Oktoberfest. Ein Attentat.“ wird vor allem eins deutlich: daß es nämlich zahlreiche Hinweise auf ein politisch motiviertes Verbrechen gab und daß die Ermittlungsbehörden alle diese Hinweise auf deutsch gesagt in den Papierkorb befördert haben.

Es war beispielsweise sehr schnell klar geworden, daß Gundolf Köhler zwei Freunde hatte, die ebenfalls als rechtsradikal bekannt waren. Mit einem von ihnen war Gundolf Köhler wenige Wochen vor dem Attentat nach Zürich gefahren, um dort Schießbaumwolle zu kaufen. Mit dem anderen hatte er früher gemeinsam auf dem Schlachtfeld von Verdun nach Handgranaten gesucht. Beide Freunde wurden von der Polizei erst sechs Tage nach dem Verbrechen vernommen, so daß sie ausreichend Gelegenheit hatten, ihre Aussagen abzusprechen. Sie einigten sich darauf, über die verschiedenen Diskussionen über Anschläge, Explosionen usw., die sie mit Gundolf Köhler geführt hatten, nichts zu sagen.

Als sich nach mehreren Stunden Verhör dieses Schweigen nicht mehr durchhalten ließ, sagten beide aus. Einer der beiden erzählte, daß Gundolf Köhler über „Wahlbeeinflussung durch Anschläge“, die man „den Linken in die Schuhe schieben“ könne, gesprochen habe. Es sei auch von einem „Anschlag auf die Wies'n“ die Rede gewesen. Der andere sagte aus, Gundolf Köhler habe nie über Anschläge gesprochen, es habe für sein Verbrechen auch „mit Sicherheit kein poli-

welche Nachforschungen anzustellen, welche Aussage die richtige war — die zweite nämlich. Die erste Aussage wurde mit der Begründung aus der Welt geschafft, daß der Zeuge vermutlich unter einer psychischen Erkrankung leide.

Nachgeprüft wurden die Angaben über die angeblich verzweifelte persönliche Situation von Gundolf Köhler erst von Ulrich Chaussy. Er fand heraus, daß Köhler weder Geldsorgen hatte, noch sonstige Symptome von persönlicher Verzweiflung zeigte, vielmehr in der Zeit vor dem Attentat einen ziemlich unternehmungslustigen Eindruck machte. Und was das angebliche politische Desinteresse von Köhler betrifft, so paßt auch dies schlecht zu der Tatsache, daß Köhler noch am Abend vor dem Attentat bei einem Vortrag über Konzentrationslager in Baden-Württemberg war.

Aber es gab noch mehr Hinweise auf ein politisch motiviertes Verbrechen. So sagte beispielsweise ein Barkeeper in Damaskus aus, Walter Behle, ein Mitglied der Wehrsportgruppe Hoffmann, habe geäußert: „Das waren wir selbst.“ Wie die Polizei diesem Hinweis nachging, ist typisch für die gesamte Ermittlungsarbeit. Sie fragte nämlich Behle, ob es war sei, was der Barkeeper ausgesagt habe. Behle sagte „nein“, und damit war der Fall für die Polizei erledigt.

Ähnlich der Fall des Stefan Wagner, ebenfalls Mitglied der Wehrsportgruppe Hoffmann. Wagner hatte sich 1982 auf der Flucht vor der Polizei selbst erschossen. Kurz zuvor hatte er geäußert: „Lebend bekommen die mich nicht ... Ich

gen, daß Wagners Alibi „aus taktischen Gründen“ nie überprüft worden sei. Usw. usw. usw.

Genauso schnell wie die Bundesanwaltschaft wußte, daß es sich bei Gundolf Köhler um einen Einzeltäter handelt, wußte sie auch, warum Gundolf Köhler bei diesem Attentat selbst mit ums Leben kam. Für Ulrich Chaussy dagegen ist dieser Punkt nicht so klar. In einem Interview mit der „Deutschen Volkszeitung“ sagte er: „Man muß sich auch mal fragen, warum jemand bei einem Bombenanschlag selber ums Leben kommt, der vorab überhaupt keine Selbstmordabsichten geäußert hat, niemals. Es gibt dafür zwei Möglichkeiten der Erklärung: das eine sind technische Probleme mit der Bombe, das andere, daß man einen Täter beseitigt — von anderer Seite aus.“ (DVZ, 27.9.85) Die Ermittlungsbehörden haben diese Frage nie so aufgeworfen. Warum auch? Sie paßt nicht zu der politisch bequemen Einzeltätertheorie. Sie paßt deshalb auch nicht in den Ermittlungsauftrag, den die Behörden sich intern selbst gestellt haben.

Ulrich Chaussy hat wenig Hoffnung, daß sein Buch dazu führt, daß die Ermittlungen erneut aufgenommen werden. Aber er geht davon aus, daß die Behörden auf sein Buch und die Tatsachen, die es enthält, reagieren müssen. Aber auch das wird ohne öffentlichen Druck wahrscheinlich nicht geschehen. Denn nach allem, was passiert ist, steht heute schon fest, daß nicht nur die Wehrsportgruppe Hoffmann eine rückhaltlose Aufklärung des Oktoberfest-Attentats fürchten muß.

„Frankfurter Appell“: Ausländerpolitische Konferenz vorbereitet

Am 21. September trat der Koordinationsausschuß „Frankfurter Appell“ zu einer Sitzung zusammen, die der weiteren Vorbereitung der großen ausländerpolitischen Konferenz diente, die am 23./24. November in Frankfurt stattfinden wird.

Obwohl die verschiedenen Arbeitsgruppen, die auf der Konferenz wesentliche Aspekte des Kampfes gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik unter die Lupe nehmen, den Meinungs- und Erfahrungsaustausch der Teilnehmer vorantreiben und gemeinsame Aktionen im ganzen Bundesgebiet und Westberlin fördern sollen, noch nicht bis ins letzte Detail festgeklappt sind, ist bereits eine gute Resonanz bei den eingeladenen „Fachleuten“ zu verzeichnen. Mitglieder von Ausländerbeiräten verschiedener Städte bzw. regionaler Zusammenschlüsse haben ebenso zugesagt wie etwa Knut Dohse als Mitverfasser der Niederlassungs-Gesetz-Entwürfs der Grünen. Zum Thema Niederlassungsrecht wird auch ein Vertreter der SPD sprechen. Zum Thema doppelte Staatsbürgerschaft unter anderem ein Vertreter der türkischen Gemeinde Westberlins, die diese Forderung übernommen hat. Zum Thema „Kommunales Wahlrecht“ Mitglieder verschiedener Initiativen des VIA usw.

In verschiedenen Arbeitsgruppen werden einleitend von Vertretern unterschiedlicher Richtungen Pro- und Contra-Positionen zu den jeweiligen Themen bzw. Forderungen dargelegt. Das Wichtigste aber wird die anschließende Diskussion unter den Teilnehmern sein. Betont wurde auf dem Treffen des Koordinationsausschusses nochmals, daß diese Konferenz vor allem dazu dient,

die vom „Frankfurter Appell“ angestrebte Zusammenführung und Ausweitung der verschiedenen Initiativen und Aktionen gegen Ausländerfeindlichkeit zu einer bundesweiten Bürgerrechtsbewegung unter dem Motto „Gleiche Rechte — Bürgerrechte — für deutsche und ausländische Einwohner“ voranzutreiben und nach Möglichkeit eine gezielte Kampagne mit Blick auf die Bundestagswahlen 1987 zu initiieren.

Von Bedeutung erscheint die Konkretisierung des Arbeitsschwerpunktes der Arbeitsgruppe, die bisher die allgemeine Überschrift „Ausländerpolitik“ trug. Sie heißt nun „Ausländerpolitik und Gewerkschaften“ und soll wesentlich dazu dienen, den Erfahrungsaustausch zwischen in diesem Bereich engagierten Gewerkschaften zu ermöglichen, Möglichkeiten zu finden, in dem entscheidenden Bereich der Gewerkschaften im Widerstand gegen ausländerfeindliche Politik voranzukommen. Hier sollten sich auch die Betriebsgenossen unserer Partei angesprochen fühlen, von denen ja manche die „Rückführungsaktion“ in ihren Betrieben miterlebt haben und zu den viel zu wenigen zählten, die sich entschieden dagegen ausgesprochen haben.

Mit deutlicher Mehrheit sprach sich der Koordinationsausschuß für eine Unterstützung der „ran“-Kampagne „Mach meinen Kumpel nicht an“ aus. „ran“-Leute werden zu der Konferenz im November eingeladen. Der von wenigen geäußerte abstruse Standpunkt, die „ran“-Kampagne sei reaktionär (ein Standpunkt ähnlich dem der MLPD — vgl. RM) erhielt eine deutliche Absage.

In Kürze wird das genaue Programm der Konferenz veröffentlicht. Der RM wird dann nochmals darauf eingehen.

Jung-Nazis planen Bundeskongreß

Auf Antrag der Krefelder Jungen Nationaldemokraten (JN) soll hier der diesjährige Bundeskongreß der Jungen Nationaldemokraten stattfinden. Dies wurde den hiesigen Schülerzeitungen durch eine offizielle Presseerklärung mitgeteilt. Der Kongreß soll am 26./27. Oktober stattfinden.



JN-Führer Manfred Rouhs auf einer Kundgebung von NPD und JN in Krefeld im letzten Jahr

Der DGB und der Arbeitskreis Krefelder Friedenswochen haben bereits für Samstag, den 26.10.85 eine Demo angekündigt.

Treffpunkt 9.30 Uhr Theaterplatz Krefeld. Der Landesvorsitzende der JN, Manfred Rouhs, wohnhaft in Krefeld, legt erklärlicherweise großen Wert darauf, daß der Kongreß in Krefeld oder Umgebung in aller Offenheit abgehalten wird. Er ist übrigens Herausgeber der erst lokalen, jetzt bundesweiten Schülerzeitung „Komet“.

Durch ein internes Schreiben der JN wurde bekannt, daß die JN bereits jetzt Wochenendtreffen zur Organisation des reibungslosen Ablaufs des Kongresses vorbereitet.

Der DGB hat auf Initiative des Kreisjugendausschusses alle Gaststätten mit Räumlichkeiten über 250 Personen, angeschrieben, diese nicht für solche Zwecke zur Verfügung zu stellen. Scheinbar mit Erfolg, denn einige neue Meldungen sprechen dafür, daß eine Planung des Kongresses im Willicher Raum von Seiten der JN erwogen wird.

Die sogenannte WSG Willich hat sich, auf Ansprechen der Krefelder JN dazu bereit erklärt, Saalschutz zu stehen.

Zu den DKP-Thesen in Vorbereitung ihres 8. Parteitages

Weiter auf nichtmarxistischem Weg

Der Parteivorstand der DKP hat zur Vorbereitung des kommenden 8. Parteitags eine umfangreiche Broschüre mit dem Entwurf zu Thesen über die aktuelle Politik dieser Partei unter der Überschrift „Neue Fragen des Kampfes für Frieden und Arbeit — für eine demokratische Wende“ veröffentlicht. Ausdrücklich wird in der Einleitung dieser „Thesen“ betont, daß das 1978 verabschiedete Parteiprogramm gültig bleibt, daß es sich lediglich darum handelt, auf seitdem entstandene politische Fragen zu reagieren. Wir wir es bereits aus Anlaß der Beschlüsse des 7. Parteitags der DKP getan hatten, wollen wir auch diesmal im „Roten Morgen“ die Absichten und Inhalte dieser politischen Plattform analysieren — um so mehr, da es sich im Verständnis der Autoren selbst um mehr handelt als um eine „bloße“ politische Resolution.

Der Gegenstand

Zu vier Bereichen wird in insgesamt 37 Thesen Stellung genommen. Dabei befaßt sich der erste Teil mit der Frage des Kampfes für den Frieden, der zweite mit der „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt heute“, der dritte mit der Aktionseinheit, der vierte mit der Partei selbst. Wir wollen in unseren Betrachtungen vor allem auf die beiden ersten Bereiche, die der politischen Festlegungen eingehen und am Schluß dieser Artikelserie auch noch kurz zur Aktionseinheit, wie sie die DKP sieht, Stellung nehmen.

Wir werden nach dieser Artikelserie, die aus drei Teilen bestehen wird, auch noch, soweit möglich, auf die Diskussion, wie sie in der Öffentlichkeit nachvollziehbar ist, weiterhin eingehen.

Dabei geht es uns weniger um die allgemeine Einschätzung der politischen Bedeutung dieser Thesen. Außer einigen abenteuerlichen Spekulationen darüber, daß diese Thesen eine Annäherung an Positionen des revolutionären Sozialismus bedeuten könnten, die bisher nirgends untermauert wurden, ist die einhellige Beurteilung aller bisherigen Stellungnahmen von Revolutionären zu diesen Thesen die, daß sie eine konsequente Fortsetzung bisheriger DKP-Politik darstellen — eine Auffassung, die wir teilen. Es geht vielmehr um die konkrete, aktuelle Ausprägung dieser Politik, wie sie in den Thesen deutlich gemacht wird, und dies soll das Thema unserer Artikel sein.

Dabei wenden wir uns zunächst entsprechend dem Aufbau der Thesen und auch der beabsichtigten politischen Bewertung der Frage des Kampfes für den Frieden zu. Dieser Bereich wird im Entwurf des DKP-Vorstands in vier Thesen zu Beginn des Dokuments behandelt.

Diese Thesen lauten: „Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden — Reagans Sternenkriegspläne und die neue Dimension der Kriegsgefahr“ (These 1), „Für eine Koalition des Friedens und der Vernunft — Ein Atomkrieg kann verhindert werden“ (2), „Zunehmende Aggressivität und Verschärfung der allgemeinen Krise der Kapitalismus“ (3) und „Der reale Sozialismus — die Hauptkraft des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts“ (4).

Bereits die Thesen in dieser Allgemeinheit signalisieren, daß es zu keiner wesentlichen Neubewertung

politischer Zustände gekommen ist, wohl aber andere Akzente gesetzt werden.

Kernsätze

In den vier Thesen zur Friedensfrage finden sich einige Kernsätze, die die gesamte politische Stoßrichtung kennzeichnen. So beispielsweise gleich zu Beginn Feststellungen, die besagen, daß sich die Auseinandersetzung um Krieg und Frieden dramatischer als je zuvor entfaltet, daß SDI zu einer neuen Runde des Wettrüstens führen würde, der Kampf gegen SDI heute die Schlüsselfrage des Friedenskampfes sei.

Weiter wird festgestellt, daß es die Gegenmaßnahmen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten gewesen seien, die die Versuche der USA, militärische Überlegenheit zu erreichen vereitelt hätten, was sich dann in der These 4 so liest:

„Dank der gewaltigen ökonomischen und politischen Potenzen, dank der militärischen Stärke der Sowjetunion und der anderen Länder des Sozialismus ist es heute möglich, die aggressivsten, zum Krieg treibenden Kräfte des Imperialismus in die Schranken zu verweisen ...“ (Seite 20)

Nun, an solchen Feststellungen ist einiges bemerkenswert. War noch zu Beginn dieses Jahres der Kampf um die Rücknahme des Stationierungsbeschlusses bzw. der Stationierung von Mittelstreckenraketen im Zentrum auch von DKP-Leitlinien gestanden, so rückt die Bedeutung dieser Frage gänzlich unvermittelt plötzlich in den Hintergrund. Nicht etwa, daß es falsch wäre, gegen SDI und entsprechende Pläne Widerstand zu leisten, oder daß es darum ginge, die Bedeutung dieses Kampfes herabzusetzen, aber es gibt keine eindeutige politische Begründung dafür, dieses als die eine und absolute Aufgabe zu setzen. Wenig bis gar nichts wird auch ansonsten in DKP-Veröffentlichungen zur „Alternative Eureka“ gesagt, in den Thesen taucht sie gar nicht auf. Wie auch eine ganze Reihe anderer Fragen, die im Zusammenhang mit der Sicherung des Friedens zu erwähnen wären — einiges taucht am Rande auf, ohne weiter eine Rolle zu spielen. Zufällig jedenfalls kann es kaum sein, daß in diesen vier Thesen zur Friedensfrage die Bundeswehr als solche überhaupt nicht auftaucht. Dafür wird neben anderen die Frage des „Krieges aus Zufall“ (Seite 12) ebenso behandelt, wie die Behauptung SDI als Forschungsprogramm würden ihrer eigenen Zivilfor-

schung schaden, und „ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit schwächen“ (Seite 11).

Nun hat sich die DKP, im Gegensatz zu marxistischen Positionen, ja schon des öfteren Gedanken über die Aufrechterhaltung etwa der Wettbewerbsfähigkeit des westdeutschen Kapitalismus gemacht, aber in einer solch krassen und eindeutigen Form doch nur selten — darauf wird in anderen Abschnitten noch zurückzukommen sein. Das Argument jedenfalls, die westdeutschen Monopole würden sich mit einer Beteiligung an SDI sozusagen selbst schaden, erscheint doch sehr weit vom Himmel der Klassenzusammenarbeit heruntergeholt zu sein.

Koalition der Vernunft?

Diese Lösung, die eine der Thesen bezeichnet, ist ausdrücklich als Angebot der Aktionseinheit auch mit kapitalistischen Kräften zu bewerten. Diese Taktik breiter zu begründen — dies ist ganz offensichtlich eine der Hauptbestrebungen dieser Thesen. Sie soll deshalb, wie auch die dieses Mal ganz besonders ausgewählte Darlegung der Rolle der Sowjetunion und der Frage aktueller Vorschläge im Mittelpunkt unserer Betrachtungen zu den Thesen stehen.

Die „Koalition der Vernunft“ ist eine Lösung, die auf keinen materiellen, faktenmäßigen Begründungen aufbaut. Es wird im Prinzip lediglich erwähnt, daß es innerhalb der herrschenden Klasse der USA auch andere politische Strömungen gibt als die von Reagan vertretene. Aber so wenig in der BRD etwa auszumachen ist, daß es eine Position zu dieser Frage gibt, die von besonderen Teilinteressen innerhalb der Bourgeoisie her zu begründen ist (etwa als theoretische Möglichkeit: eine nicht am Krieg interessierte mittlere Bourgeoisie oder die früher in DKP-Kreisen so intensiv gehandelte These von der angeblichen Existenz eines festgefügt militärisch-industriellen Komplexes), so wenig kann dies auch für die USA getan werden. Wobei die Thesen im Prinzip nur auf Widerstand gegen amerikanische Maßnahmen abzielen und für die BRD faktisch nur noch die Frage „Erfüllungsgehilfe oder nicht“ offen lassen. Da soll, und darauf weisen im Verlauf auch der weiteren Thesen noch mehrere Aussagen vom Stil der genannten „Wettbewerbsfähigkeit“ hin, offensichtlich Angebote an die bundesdeutschen Kapitalisten gemacht werden. (Und im Verlauf der aktuellen Debatte wurden ja auch solche Vorschläge in Zeitungen wie der „Demokratischen Volkszeitung“ etwa ausdrücklich gemacht.) Da erscheint die Absicht, das Feld derjenigen, die recht willkürlich als „vernünftig“ bezeichnet werden, gerade hier in der BRD beträchtlich auszudehnen, insofern handelt es sich durchaus um eine Aktualisierung der alten politischen Lösung einer solchen Koalition, wie sie schon einst von Nikita Chruschtschow ausformuliert wurde.

Nun: Sicher wird die These, daß die Kräfte des amerikanischen Imperialismus heutzutage am meisten den Kurs einer potentiellen

kriegerischen Auseinandersetzung betreiben auch vom marxistischen Standpunkt aus zu bejahen sein, darum dreht es sich gar nicht. Aber das kann, wenn ernsthaft Politik im Interesse der Arbeiterklasse gemacht werden soll, doch keinesfalls bedeuten, das Interesse westdeutscher Kapitalisten an einem solchen Kurs an Aufrüstung, auch an Revanchismus, zu leugnen, bzw. zu verschweigen.

Unnötig?

Verfolgt man allein die Logik, die in den politischen Aussagen dieser Thesen enthalten ist, kommt man schnell zu einem zweiten zentralen Punkt, der Bewertung der Rolle der Sowjetunion. Diese Frage aufzuwerfen hat nichts damit zu tun, daß dies ein „Lieblingsthema“ bestimmter Strömungen ist, wohl aber mit der Einschätzung der Bedeutung der Friedensbewegung auch in der BRD.

„Zunächst sollte die militärische Überlegenheit der USA durch Interkontinentalraketen, dann zusätzlich durch in Westeuropa stationierte Mittelstreckenraketen erreicht werden. Das wurde durch entsprechende Gegenmaßnahmen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten vereitelt. Jetzt versuchen die aggressivsten Kräfte des USA-Imperialismus militärische Überlegenheit durch Weltraumangriffswaffen durchzusetzen.“ (Seite 10) Und weiter:

„Eine unverzichtbare Voraussetzung für die Erhaltung des Weltfriedens besteht darin, daß der Sozialismus das militärische Gleichgewicht aufrecht erhält. Um ein atomares Inferno zu verhindern, muß den imperialistischen Kriegsplänen selbst der Schein der geringsten Erfolgsaussicht genommen werden.“ (Seite 13)

Aus der Logik des ersten Zitats ließe sich in konsequenter Fortsetzung ableiten, daß die gesamte Friedensbewegung unnötig wäre — denn wenn alle Maßnahmen des USA-Imperialismus (und ein anderer wird nicht erwähnt) durch sowjetische Gegenmaßnahmen zu nichte gemacht werden, wozu dann noch der aktive Einsatz von Millionen Menschen?

Aber natürlich ist es nicht das, was in den Thesen des DKP-Parteivorstandes gemeint ist. Gemeint ist, daß die Friedensbewegung nur erfolgreich sein kann aufgrund der sowjetischen Maßnahmen, was auch heißt, wenn sie an der Seite der Sowjetunion kämpft. Das zweite Zitat untermauert das noch und zielt gleichzeitig darauf ab, Kritiken an der Rüstung der Sowjetunion, die ja auch in der Friedensbewegung unterschiedlich stark vorhanden sind, endgültig zu entkräften.

Dies wird endgültig deutlich, wenn man die konkreten aktuellen Maßnahmen, die in den Thesen vorgeschlagen werden, genauer betrachtet.

Daß die DKP mit solchen Thesen, wie auch die Sowjetunion, die Theorie der Abschreckung — unter umgekehrten Vorzeichen — übernommen hat, ist keine Neuigkeit (obwohl auch dies eindeutiger erscheint als früher), und auch nicht, daß daraus konsequent sich ergibt, daß exakt in selbem Maße auferüstet werden muß, eine Theorie, die selbst in bürgerlichen

Kreisen angezweifelt wird.

„Das Wettüben muß aufgehalten, die Rüstungen müssen auf der Basis der Gleichheit und gleichen Sicherheit auf das niedrigstmögliche Niveau gesenkt werden.“ (Seite 14)

Die hierin beinhaltete Ablehnung der Forderung nach einseitiger Abrüstung ist Konsequenz dieser gesamten Einschätzungen. Da erscheint es auch logisch, daß Forderungen wie NATO-Austritt höchstens ganz am Rande auftauchen (und „an sich“ als positiv bewertet werden), aber keinesfalls zugelassen werden soll, daß sie Gegenstand politischer Debatten werden. Aber es „hört auch schon früher auf“, wie vorne gezeigt wurde. Das bedeutet aber auch, daß eine Friedensbewegung nicht nur dafür gewonnen werden soll, sich die Vorschläge der Sowjetunion zu eigen zu machen. Das bedeutet auch die Feststellung der Tatsache, daß in diesen Thesen eine eigenständige Friedensbewegung, die sich für „ihr“ Land Ziele setzt, implizit abgelehnt wird. Friedensbewegung — das kann dieser Politik entsprechend nur heißen, im weltweiten Widerstreit der Blöcke Partei zu ergreifen für das Lager des „realen Sozialismus“.

Das zeigt sich deutlich am aktuellen Forderungskatalog, den die Thesen wiedergeben:

„— die Verhinderung der Militarisierung des Weltraums als Schlüsselproblem der internationalen Sicherheit; — ein Moratorium für die Schaffung kosmischer Angriffswaffen, einschließlich der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für deren Erprobung und Stationierung; — das Einfrieren strategischer Offensivwaffen; — die Einstellung der Stationierung der Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper der USA in Europa und dementsprechend auch die Einstellung der Gegenmaßnahmen der sozialistischen Länder; — die Aufforderung an alle Kernwaffenmächte, sich der von der UdSSR übernommenen Verpflichtung anzuschließen, auf keinen Fall als erste Kernwaffen anzuwenden; — der Abschluß eines Vertrages über die Nichtanwendung militärischer Gewalt und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages sowie anderer interessierter Staaten.“ (Seite 15)

Hier ist in Wahrheit kein Platz für Widerstand gegen Aufrüstung in der BRD mehr vorhanden — ebenso wenig für einen Kampf für den Frieden, der mehr will, als nur eine Seite bei den Genfer Verhandlungen zu unterstützen und dabei solche Thesen übernehmen müßte wie die der atomaren Abschreckung und der unumgänglichen gleichgewichtigen Abrüstung. Insofern als dies deutlicher und ausdrücklicher wird als in früheren DKP-Dokumenten, als somit die potentiellen „Koalitionäre der Vernunft“ wesentlich auf die gesamten kapitalistischen Klassen Westeuropas ausgedehnt werden, stellen diese Thesen tatsächlich eine Aktualisierung bisheriger DKP-Politik dar. Dies soll zunächst als erste Zwischenbilanz festgehalten werden — vielleicht erscheinen ja hier genannte „Lücken“ in folgenden Thesen (obwohl dann immer noch darüber zu streiten wäre, warum sie nicht gerade hierher gehören). Wobei noch festgestellt werden soll, daß wir zu verschiedenen der zahlreichen auftauchenden Fragen in den Thesen, etwa über die Wichtigkeit des Friedenskampfes und die Kräfteeinschätzung im Weltmaßstab, noch im abschließenden Teil Stellung beziehen wollen.

Eine nützliche Volksfront-Broschüre

Elitebildung und ihre Ziele

Anfang August tagte in Hamburg die erste „Weltkonferenz über hoch begabte und talentierte Kinder“ unter der Schirmherrschaft der Bildungsministerin Wilms. Unter dem Titel „Gegen die Wiederbelebung der Begabungstheorien und Elitebildung“ hat die Volksfront/Hamburg gegen diese Veranstaltung eine Broschüre veröffentlicht, die nützlich erscheint, diese Auseinandersetzung zu führen. Sicherlich nicht in dem Sinne, daß jeder Artikel, der in dieser Broschüre beinhaltet ist, auf ungeteilte Zustimmung stoßen wird. Aber als eine Sammlung wichtiger Informationen zum Thema.

Zwei kürzere Artikel geben wir auf dieser Seite wieder. Zum einen eine kurze Zusammenfassung der Sachlage, die

Intelligenz und Begabung sind nicht vererbbar!

Die Behauptung, Intelligenz und Begabung seien vererbbar, bildet die ideologische Grundlage der derzeitigen Elite- und Hochbegabende-batte. So vertrat die heutige Bildungsministerin Wilms 1978: „Begabung ist ein angeborenes Faktum, das durch Umwelteinwirkung (insbesondere Bildung und Erziehung) ausgeformt, entwickelt und gestaltet, nicht aber geschaffen werden kann.“ Weiter bezeichnet sie auch „Zielstrebigkeit, Willensstärke, Kooperationsbereitschaft“ als „affektive Eigenschaften“. (1)

Um die historisch letzte Anwendung dieser Lehrmeinung aufzufinden, braucht man nicht weit zurückzugehen. Es schrieb E. Thieme im Teubner-Verlag, 1940, in „Das Leben“:

„Ebenso sind aber auch geistige Anlagen erblich bedingt. Bei ausgesprochenen Begabungen läßt sich der Erbgang besonders deutlich beobachten. (...) In der Familie Siemens ist die Erfindergabe gehäuft, während die Familie Krupp in drei Generationen durch hohe Begabung für technische Erfindungen und hervorragende Gestaltungskraft ausgezeichnet ist.“

1975 in „Menschenkunde“ vom Klett-Verlag schrieb derselbe Autor: „In manchen Familien sind auch bestimmte Begabungen erblich. (...) Technische Begabung, verbunden mit Organisationstalent, läßt sich in den Familien Siemens und Krupp durch mehrere Generationen verfolgen...“ (1)

Was stimmt nun an der Behauptung, daß Intelligenz vererbbar sei? Nichts. Kein ernsthafter Neurobiologe oder pädagogische Wissenschaftler geht heute noch davon aus. Das berührt interessierte Politiker aber nicht. Hier einige der Gegenargumente.

Allein der Begriff „Intelligenz“ ist höchst vage und nicht befriedigend definiert. Ist ein Analphabet, der bei einem kaputten Motor sofort die Ursache erkennt und sie schnell mit eigenen Improvisationen beheben kann, etwa nicht intelligent?

Worauf man sich aber wird einigen können ist, daß der Sitz von Intelligenz und Begabung das Gehirn ist. Ist nun die Bildung und Verschaltung des Gehirns genetisch festgeschrieben, und in welchem Maße?

Betrachten wir zunächst zwei Größenordnungen. Die menschlichen Gene bestehen insgesamt aus 3 Mrd. Basenpaaren bzw. 3 Mio. Genen (3 Basenpaare, das sog. Triplet, ist die kleinste genetische Informationseinheit; ein Gen ist verantwortlich für z.B. einen Eiweißkörper).

Das menschliche Gehirn hat ca.

100 Mrd. Nervenzellen, von denen keine der anderen gleicht. Jede Nervenzelle hat durchschnittlich 1000 Synapsen (Verbindungen), die jede anders mit mit anderen Nervenzellen verknüpft sein können. Es gibt ca. 20 Botenstoffe zwischen diesen Synapsen, die zusammen mit ihren Gegenstücken ungefähr die Größe von 100000 Aminosäuren haben. Damit sind die Vorgänge innerhalb der Nervenzelle, die sehr komplex und weitgehend unbekannt sind, noch nicht erfaßt.

Wenn man nur die genannten, sehr unvollständigen Größenordnungen betrachtet, dann sind für eine genaue genetische Festschreibung des menschlichen Gehirns genetische Informationen in der Größenordnung 10 hoch 20 nötig. Die tatsächlich vorhandene Informationsmenge beträgt insgesamt aber nur 10 hoch 6.

Diese Differenz sollen die Intelligenzgenetiker erst einmal aus der Welt schaffen.

Auch anders ist ihre wissenschaftliche Scharlatanerie zu entlarven. Die Neurobiologie, also die Wissenschaft, die das Wachstum und die Funktion von Nervenzellen sowie ihre genetischen Grundlagen zum Gegenstand hat, arbeitet derzeit mit Untersuchungsobjekten wie Tintenfischen, Seesnecken und Blutegeln.

Schon hierbei kommen sie zu Ergebnissen wie diesem: „Die Tatsache, daß alle Aplysia-Individuen (Seehasen; eine Schneckenart) die gleiche Art und Verteilung der Nervenzellen sowie die gleichen Verknüpfungsmuster zwischen diesen Zellen aufweisen, läßt erwarten, daß sie nur bestimmte stereotype Verhaltensweisen zeigen können. Dieser Schluß ist aber falsch. Auch die Wirbellosen können lernen und ihr Verhalten ändern.“

Der Zusammenhang zwischen DNS-Code und Aufbau und Funktion von Proteinen ist außerdem weitgehend unklar. Derzeit ist man in der Lage, die Aminosäuren zu identifizieren, die von bestimmten DNS-Stücken kodiert werden, sowie für Proteine ihre Aminosäurezusammensetzung zu klären. Wie genau das Ablesen des DNS Codes vor sich geht, wie die Proteine ganz genau so und nicht anders, vor allem nicht in anderer räumlicher Struktur zusammengesetzt werden und wie ihre jeweilige Festschreibung von organischen Wirkungen zustande kommt, ist unbekannt. Die genetische Festschreibung von organischen Wirkungen ist unbekannt, bei so einfachen Bausteinen wie Proteinen. Es gibt sie zweifellos. Doch welchen Anteil an ihrer Ausprägung hat die Umwelt? Genetische Festschreibung einer Eigen-

schaft wie Intelligenz läßt sich nicht beweisen.

Aber das Gegenteil läßt sich beweisen. Kinder, die von Geburt an blind sind und später als bis zum sechsten Lebensjahr durch eine Operation das Augenlicht erlangen, lernen das Sehen nicht mehr. Die Bildung des Gehirns ist bis dahin abgeschlossen, ein neues Sinnesorgan kann nicht mehr zugeschaltet werden.

Es kann auch nicht anders sein. Nicht nur sind bei der Geburt eines

Kindes erst die Hälfte aller Nervenfasern gebildet und auch verknüpft, was dann erwiesenermaßen in Wechselwirkung mit der Umwelt geschieht (2), sondern bis zur Pubertät werden im Gehirn je nach Gehirnteil zwischen 15 Prozent und 85 Prozent der Nervenfasern wieder abgebaut. So bildet sich in dieser Zeit die endgültige Verschaltung, immer in Wechselwirkung mit Umweltreizen. (2, 3) Hier wird die Grundlage für spätere eventuelle Begabung gelegt!

Kritik der reaktionären Begabungstheorien

Da die Kapitalisten in der BRD in den sechziger Jahren eine Aufstockung des wissenschaftlichen und technischen Führungspersonals für nötig erachteten, um in der internationalen Konkurrenz ihre Position zu stärken, mußte das entsprechende Personal ausfindig gemacht und ausgebildet werden, mußten die „Begabungsreserven“ entdeckt werden, bzw. die Faktoren, verantwortlich dafür, daß Begabung unentdeckt blieb.

Die Bildungskommission des deutschen Bildungsrates wurde mit dieser Aufgabenstellung beauftragt, Vorschläge für die Entwicklung und Reform des Bildungswesens zu erarbeiten (1966). Grundlage ihrer Überlegungen sollte ein Bild vom Stand der Begabungsforschung sein.

Die Bildungskommission unter Vorsitz von Professor Heinrich Roth legte ihre Untersuchungsergebnisse 1968 in dem Sammelband „Begabung und Lernen“ vor. In ihm wurde Artikel und Untersuchungen von 16 namhaften — in weitesten Sinne Erziehungswissenschaftlern — veröffentlicht. Das Ergebnis dieser Untersuchung der Bildungskommission des deutschen Bildungsrates lautet: Auf die zentrale Frage nach dem Verhältnis naturgegebener Anlage und menschlicher Einwirkung durch Umwelteinflüsse und veranstaltete Lehr- und Lernvorgänge bei der Lernentwicklung junger Menschen kommt K. D. Erdmann im Vorwort des Buches zu dem Schluß: „Gesichert steht jedoch die negative Feststellung, daß die vorweggegebenen Naturfaktoren wie Erbe und Reifung nicht den Grad von determinierender Bedeutung für die Begabungsentwicklung besitzen, der ihnen landläufig zugemessen wird, und daß umgekehrt demgegenüber den vom Menschen beeinflussbaren oder von ihm gesteuerten Einwirkungen durch Umwelt und schulischen Lernen ein für jede praktische Orientierung größeres Gewicht zukommt. Wenn für die Erfüllung jeweiliger Lernanforderungen adäquate Begabung Voraussetzung ist, so gilt nach der Aussage dieses Gutachtenbandes noch mehr

der umgekehrte Satz, daß im Zusammenwirken der Faktoren, durch die Begabung zustande kommt und sich entwickelt, die richtig angelegten Lehr- und Lernprozesse selbst entscheidende Bedeutung besitzen.“ (1)

Professor H. Roth stellt in seiner Einleitung fest: „Begabung als Anlage wird (...) zu einem Bedingungsfaktor in einem Feld von Variablen, die alle durch Lehren und Lernen, Unterricht und Erziehung beeinflussbar sind.“ (...) „Man darf also, wenn man von Begabung spricht, nicht an eine isolierte und statische Größe denken, die es als solche nicht gibt, sondern an eine dynamische Veränderliche in einem Netz von Bezugsgrößen, die alle mitentscheiden, ob Potentialitäten entwickelt werden oder nicht entwickelt werden.“ (2)

Im Ergebnis zeigte sich, daß „Begabung“ im herkömmlichen Sinne, nämlich aus „Vererbung“ resultierend, eher ein ideologisches Konstrukt ist, denn etwa tatsächlich wirkende Naturgesetzlichkeit: „Der wissenschaftliche Fortschritt besteht aber gerade darin, daß man nicht mehr von der Anlage als einer alles bestimmenden, irrationalen

Schließlich sagt der Crick von Watson and Crick (Schlugen das erste funktionierende und bis heute gültige Strukturmodell für die DNS vor):

„Soweit wir wissen, scheint es höheren Organismen unmöglich, die Verschaltung ihrer Nervensysteme mit absoluter Präzision anzulegen, besonders wenn eine sehr große Zahl von Zellen daran beteiligt ist. So ist es offenbar schwierig, die Verschaltung für das räumliche Sehen zuwezubringen, ohne die Erfahrungen aus dem Kontakt mit der uns umgebenden Umwelt zu nutzen.“ (2)

Wenn schon eine so verhältnismäßig einfache Funktion wie das Sehen, das auch niederste Tiere beherrschen, nur durch Wechselwirkung mit der Umwelt arbeitsfähig wird, wie erst die Intelligenz, deren evolutionärer Fortschritt es doch gerade ist, sich sehr rasch auf wechselnde Umweltbedingungen einstellen zu können. Eine genetische Festschreibung hätte diesen Evolutionsvorteil zunichte gemacht.

(1) NAP, Arbeitsmaterialien Hochschulpol. Wende, Hannover 1983

(2) Spektrum d. Wissenschaft, div. Artikel

(3) FAZ, 06.03.1985, S. 32

Größe ausgehen muß, sondern daß man den bedeutenden Einfluß aller anderen Faktoren zu sehen gelernt hat (...). Die durch Forschung gesicherten Aussagen der Gutachten über die Voraussetzungen für effektives Lernen sind quantitativ und qualitativ von so größerer Bedeutsamkeit, daß sie alle gründlich durchdachten Anstrengungen rechtfertigen, unser Schulwesen unter Berücksichtigung dieser Forschungsergebnisse zu verbessern. (3)

Diese gesicherten Aussagen, die für aufgeklärte Menschen Selbstverständlichkeiten sind, greifen reaktionäre Kräfte jetzt wieder heftig an. Auch wenn die Pläne der Bildungsreformer in den Anfängen stecken blieben, so muß doch festgehalten werden, daß die Widerlegung reaktionärer Begabungstheorien durch bürgerliche, sozialdemokratische Wissenschaftler die ganze Lehrerstudentengeneration von 1968 bis heute geprägt hat. Daß dieses über Jahre hinweg unangefochten gängige Meinung war, war auch eine Unterstützung für die politischen Kräfte und die Lehrer, die sich um eine Verbesserung der Ausbildung für die Kinder der arbeitenden Klassen einsetzen wollten.

Quellen: (1) Heinrich Roth, Hrsg. Begabung und Lernen, Stuttgart 1968, S. 5f. (2) a.a.O., S. 65. (3) a.a.O., S. 66.



Leserbriefe +++ Leserbrief +++ Leserbrief +++ Leserbrief +++ Leserbrief +++ Leserbrief +++ Leserbrief +++

Stalin?

Auf der Mitgliederversammlung des Landesbezirks Ruhr im September zu den Verhandlungen der Partei mit der GIM hat sich sehr deutlich gezeigt, wie groß die Meinungsunterschiede in der Partei sind. Leider hat das oft zur Folge, daß praktische Parteiaktivitäten wegen der großen Unsicherheit oft vernachlässigt oder gar nicht mehr gemacht werden. Allerdings finde ich das logisch so bei der großen ideologischen Unsicherheit in der Partei. Dieser Zustand ist mir immer noch lieber als die frühere Geschlossenheit, die zwar sehr positiv auf Haß auf den Kapitalismus begründet war, aber auch auf sehr wenig hinterfragten Grundlagen, die uns ein sehr wohlgeordnetes, einfaches, aber unrealistisches Weltbild schafften. Daß wir jetzt so viele Fragen haben und sie stellen, z. B. die Frage nach der Zeit, wo Genosse Josef Stalin verantwortlich die KPdSU führte, ist eigentlich sehr gut — übrigens nicht das Verdienst der Marxist-Leninisten in der KPD!

Ich schreibe deshalb „eigentlich“, weil ich neben den positiven Gründen, mehr zu fragen zu haben — selbständiges Denken! — leider auch Dinge sehe, die mir Angst machen. Oft frage ich mich nämlich, wie manche Genossinnen und Genossen zu den neuen Positionen z. B. zu Stalin kommen. Wohlgerichtet, Fragen, die mir nicht klar sind, hab' ich auch dazu, wie z. B. die Frage nach Auslieferung von Kommunistinnen und Kommunisten an Hitler-Deutschland, nach der Zeit der „Moskauer Prozesse“, wie Komintern funktionierte, wie die Herrschaft in der DDR, CSSR, Polen nach 1945 errichtet wurde usw. Und die Beantwortung dieser Fragen kann durchaus dazu führen, daß ich meine Meinung zu dieser Zeit ändere. Aber eben erst die Beantwortung! Bis dahin bin ich erst mal ruhig, frage und untersuche, bevor ich urteile und greife nicht alle Aussagen auf und nehme alles für bare Münze. Nur weil wir früher alle Einwände gegen Stalin und seine Zeit unkritisch und zu pauschal ablehnten, sind sie heute nicht automatisch richtig. Und die Errungenschaften in dieser Zeit, existieren sie für diese Genossen und Genossinnen nicht mehr? Die Verwirklichung von Arbeit für alle, Brot für alle, soziale Sicherheit für alle, Bildung für alle usw.? Daß die nationalen Minderheiten ihre Sprache sprechen durften, ihre kulturellen Eigenheiten entwickeln konnten usw.? Sicherlich gab's da Mängel. Mängel, die vielleicht viel schlimmer waren, sondern Fehler oder sogar bewußte Unterdrückung. Ich weiß es wirklich nicht. Um das beurteilen zu können, muß man Untersuchungen anstellen. Dabei muß man sich aber hüten, nur Quellen „contra“ zu nehmen, sondern man muß sie auch mit „Pro-“ und „neutralen“ Quellen vergleichen und alle mit Hilfe des historischen Materialismus bewerten.

Die bei einigen Genossinnen und Genossen so schnelle Umwertung dieser Zeit zeugt nicht sehr von selbständigem Denken, sondern von Sehnsucht nach einem fertigen geschlossenen Weltbild, von Sehnsucht nach Formeln für den Klassenkampf, letztlich.

W. aus Bochum

FAP

Aus den Äußerungen des Oberbullen Nord, Reikow, geht meines sehr unmaßgeblichen Erachtens deutlich hervor, daß dieser Herr entweder über einen höchst kindischen Geist verfügt oder aber selbst ein Fascho ist. („Weil sie so eingestellt sind, für Recht und Ordnung zu kämpfen.“) Wer so etwas öffentlich sagt, dazu noch in solcher Stellung, der muß sich doch äußerst sicher fühlen, oder?

Wenn ihr dann zum Schluß fordert, die „Schutzleute“ sollten bestraft werden, frage ich mich, von wem? Es scheint mir persönlich ein Sumpf zu bestehen, in der Polizei, aber auch bei einigen Leuten in der Dortmunder Regierungspartei, der sich aus rechten SPDlern, Fascho-Freunden und Altnazis — natürlich längst aufrechte FDGOler — zusammensetzt. Ihr seid jedenfalls etwas anderer Meinung, sonst würdet ihr, zumindest nicht im Ernst, von diesen Typen Entsprechendes fordern.

Sehr gut möglich, daß ich Unrecht habe; meiner Auffassung nach sollten

Kommunisten, bei aller notwendigen Berücksichtigung bezugs der antifaschistischen Einheitsfront, nicht bei den — sehr wohl! notwendigen Forderungen der andern Antifa-Gruppen stehenbleiben, sondern Roß und Reiter nennen.

Dann, wenn man nicht nur diejenigen, welche offen sich als Faschos zu erkennen geben, sondern auch und vor allen Dingen jene, die als bürgerliche Machthaber mehr oder minder Hilfestellung leisten, entlarvt, verkommt eine Forderung wie obige freilich zur Farce. Allerdings gebe ich zu, daß Derartiges das Gros der übrigen Antifaschisten abstoßen würde (eventuell).

Doch wenn man mit denen redet, würde sich bestimmt ein Weg finden lassen.

A.M., Dortmund

Danke

Liebe Leute, ich möchte, daß ihr das als Leserbrief abdruckt, auch wenn's ein bißchen ungewöhnlich ist, aber es ist sehr wichtig für mich!

Ich möchte mich auf diesem Wege bei allen Genossinnen und Genossen herzlichst bedanken, die auf der letzten MV in Stuttgart so viel Geld für meine Strafe aus einem Volksfront-Prozeß gespendet haben. Das ist eine Solidarität, die ich nicht mehr erwartet hatte und die mir neuen Auftrieb im Kampf für den Kommunismus gegeben hat!

F. aus Karlsruhe

Strategiepapier?

Bei der Diskussion des Flugblatts in der Zelle meinte ein Kollege, die Überschrift „Für einseitige Abrüstung und NATO-Austritt“ könnte zu dem Schluß verleiten, wir unterstützen die Aufrüstung der Sowjetunion.

Wir anderen fanden die Überschrift zwar trotzdem richtig, mußten aber feststellen, daß die unfriedlichen Absichten des Warschauer Pakts leider mit keinem Wort im Flugblatt erwähnt werden. Für die internationale Kriegsgefahr durch das Streben nach neuen Einflusssphären und Absatzmärkten ist dieser Punkt doch wichtig, auch wenn hier nicht der Schwerpunkt unseres Kampfes in der BRD liegen kann. In der Friedensgruppe in unserem Stadtteil diskutieren wir jedenfalls vom kommunistischen Standpunkt über Nicaragua und Afghanistan und werden dabei auch unterstützt.

Im ersten Teil — mit vielen Wir-Sätzen — hört sich das FB an wie ein Strategiepapier für die Diskussion in der Friedensbewegung. Es erscheint uns ungünstig, das vor einem Betrieb zu verteilen, mit solidarischen Grüßen Zelle Bielefeld-Ost

Breit

Ein türkischer Genosse unserer Zelle, der an der Demonstration am 7.9. in Köln teilnahm, berichtete, daß diese Demonstration von einem breiten Kreis antifaschistischer türkischer Organisationen getragen wurde. Die zweite Demonstration am 14.9. wurde dagegen nur von einer kurdischen Organisation veranstaltet. Wir meinen, daß die Partei eindeutiger zu der ersten Demonstration hätte aufrufen müssen, auch mit Angabe von Ort und Zeit.

Zelle Bielefeld Ost

„Wendebilanz à la Sozialdemokratie II“

Mit zwei Artikeln wurde in den letzten Nummern des „Roten Morgen“ auf meinen Leserbrief (RM 37 S. 13) geantwortet. „Die Wende — Ein Hirngespinnst?“ fragt der Gen. Weiß in derselben Nummer (S. 12), um so schon in der Überschrift das Streitthema publikumswirksam zu umgehen. Nicht ob es eine Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik gegeben hat, sondern wer sie vollzogen hat, das war und bleibt wohl auch der Streitpunkt. Meine Position dazu war, daß im RM „die Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ... einzig den Unionsparteien und der FDP angelastet“ und „die SPD aus dem Schußfeld genommen (wird), um sie nicht als eine der politischen Parteien des Kapitals be-

handeln zu müssen.“ (RM 37 S. 13) Inhalt der Kritik war also nicht die Leugnung einer Wende in der Sozialpolitik, sondern die im RM betriebene Weißwaschung der Sozialdemokratie.

Weniger publikumswirksam als die Überschrift sind die inhaltlichen Ausführungen des Artikels, besonders wenn der Gen. Weiß schreibt: „Wer sich dann gar dazu versteigt zu behaupten, die Wende habe bereits 81 stattgefunden, der muß sich fragen lassen, warum gerade da? Warum denn nicht mit Schmidts Kanzlerschaft, ...“ (wo) „die Politik sozialer Kürzungen einsetzte. Die wurde bei jeder Krise verschärft und die von den Kritikern gelegentlich Wende signalisierte den Unterschied von Kürzungen zu Systemveränderungen — vor allem in der Sozialpolitik.“ (ebd. S. 12) Der Genosse ist hier mit seiner Argumentation offenkundig etwas durcheinander geraten. Im ersten Satz klagt er uns an, die Wende in der Sozialpolitik bereits auf das Jahr 1981 vorverlegt zu haben, um uns zwei Sätze weiter der vollständigen Leugnung eben dieser Wende zu bezichtigen. Irgendetwas kann doch hier nicht stimmen. Aber bis der Gen. Weiß dieses (vermutlich unbewußt) formulierte Rätsel für sich und die RM-Leser aufgelöst hat, möchte ich auf die Antwort des Gen. U.L. im RM 38 (S. 11) eingehen.

Hatte ich in meinem Leserbrief die mangelnden Quellenangaben in U.L.s Artikel im RM 31/32 kritisiert und den Verdacht geäußert, daß er über jene ungenannten Quellen der sozialdemokratischen Kritik an der jetzigen Regierung auf den Leim gegangen sei, so findet dieser Verdacht in U.L.s Antwort seine Bestätigung. In der Tat hatte er aus linkssozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Quellen geschöpft und so den gesamten Sozialabbau umstandslos der unionsgeführten „Wenderegierung“ angelastet. In seiner Antwort stellt er dies insofern richtig, als er der sozialliberalen Koalition „Umverteilung auf Kosten der Werktätigen in Höhe von ca. 60 Mrd.“ durch die Beschlüsse vom Febr. 82 und „weiteren 31 Mrd.“ durch die vom Juli 82 nachweist.

Trotz dieser jetzt eingestandenen Sozialdemontage der SPD/FDP-Regierung soll sie weiterhin nicht die Wende in der Sozialpolitik vollzogen haben. Hören wir den Gen. U.L.: „Die Politik sozialpolitischer Stagnation wurde 1981 durch erste größere Schritte in Richtung Sozialdemontage, eine neue Stufe des Sozialabbaus abgelöst ...“ (RM 38 S. 11) Lassen wir die schmückenden Beiworte weg, so besagt dieser Satz, daß 1981 die „Politik“ der „sozialpolitischen Stagnation“ von der Politik der „Sozialdemontage“ und des „Sozialabbaus abgelöst (wurde)“. Die Ablösung einer Politik durch eine andere, ein qualitativer Wechsel also, wird hier vom Gen. U.L. selbst konstatiert. Was ist dies anderes, als die durch alle Tatsachen belegte und im Leserbrief festgestellte Wende in der Sozialpolitik? Und hier wird sie vom Gen. U.L. auf das Jahr 1981 datiert, d. h. daß sie noch von der sozialliberalen Koalition vollzogen wurde.

Aber eben von dieser sich aus den Tatsachen ergebenden und deshalb auch von ihm selbst ausgesprochenen Konsequenz will der Genosse sich mit aller Kraft distanzieren. Und dies, obwohl er an anderer Stelle in einem Artikel weiterhin zugestehen muß, daß sich auf sozialpolitischem Gebiet „... im Anfang der Wende-Regierung quantitativ (von ihm selbst hervorgehoben A.s.) nicht viel auffallend anderes tat ...“ als unter der Schmidt/Genscher-Regierung. Lassen wir wiederum die schmückenden Beiworte weg, die nur den Kern der Aussage vernebeln, so stellt der Genosse eine Kontinuität der Sozialpolitik von der sozialliberalen zur Anfangsphase der christliberalen Koalition fest. Wie aber kam es dann zur neuen Qualität der Wende, wenn sich „quantitativ nicht viel ... anderes tat“ als zuvor? Was ist das für eine neue Qualität, die ohne quantitative Veränderungen zustande kam? Wie versucht der Genosse diese logische Mißgeburt, diese offenkundige Ausflucht, praktisch zu belegen?

„So interessant und untersuchenswert dies alles im einzelnen ist“, schreibt der Gen. U.L. weiter und meint die Untersuchung der konkreten sozialpolitischen Maßnahmen, „darf es eben nicht den Blick auf das Entscheidende ... verstellen.“ Und dieses „Entscheidende“ ist: „Die Unionsparteien konnten die Haushaltsoperation 83 jetzt von der Regierungsbank aus durchsetzen ... wäh-

rend die SPD-Spitzen seit dem 2. Oktober 82 keine Gelegenheit mehr hatten.“

So „interessant“ und „untersuchenswert“ die politischen Fakten auch sind, das „Entscheidende“, das qualitativ Neue, war der Regierungswechsel. Da war der Gen. U.L. angetreten, den Nachweis zu erbringen, daß mit dem Regierungswechsel sich eine „Wende“ in der Politik und speziell in der Sozialpolitik vollzogen hätte. Und was weist er nach? Daß die Wende von der „sozialpolitischen Stagnation“ zum „Sozialabbau“ 1981 stattfand und im Oktober 82 zwar die Regierung, aber nicht die Sozialpolitik wechselte. Recht hat der Genosse mit beiden Feststellungen. Sein Dilemma ist, daß er eigentlich das direkte Gegenteil nicht nur beweisen wollte, sondern auch noch immer für richtig

hält, wie sein ganzer Artikel belegt. Der Gen. U.L. ist der lebende Beweis, wie weitgehend die sozialdemokratische Wende-Propaganda das politische Denken in der Linken beherrscht. Eine von dem Machtantritt der Unionsparteien losgelöste Wende in der Sozialpolitik ist für ihn zwar empirisch belegbar, aber politisch undenkbar.

Die gerade angesprochenen sozialdemokratischen Scheuklappen existieren nicht nur in den Köpfen einiger Genossen, sondern spiegeln sich in der praktischen Politik der Partei wider. Am Beispiel der Herbstaktion des DGB und der Politik der KPD dazu würde ich dies gern in einem weiteren Leserbrief „praktisch konkret“ machen.

A.S., Gelsenkirchen

Der neue Rote Rebell

von vorne ...

... und von hinten.



Und dazwischen 38 Seiten — witzig, lesergemacht, hintergründig, skandalumwittert, provokativ. Ob M. sich unter der Rubrik „Was mir stinkt“ so richtig auskotzt, ob Karo sachlich aber trotzdem sehr engagiert über AIDS zusammenträgt, was unbedingt geschrieben werden mußte; ob Wolff Geisler (bekannter Südafrika-Experte) Ungeheuerliches über das Bonner Atomwaffengeschäft mit Südafrika sagt — oder ob Jüto und Karo auf zwölf(!) Seiten ihre „20 Thesen für ein neues Verständnis revolutionär-sozialistischer Jugendarbeit“ entwickeln — man muß ihn einfach gelesen haben den neuen Roten Rebell. Bestellung noch heute ab an: Verlag RM, Wellenhofer Str. 103, 4600 Dortmund 30. P.S.: Mehr Seiten kosten natürlich auch mehr Geld. Ab sofort 1,50 DM. (Leider)

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“
- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
- ☐ Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden
- ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden

Name
Vorname
Straße
PLZ/Ort

Bitte einsenden an: KPD, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

- Hiermit bestelle ich: Abonnement(s) ... ab Nr.
- ☐ jährlich 60 DM
 - ☐ halbjährlich 30 DM
 - ☐ Ich bin arbeitslos / Schüler / Student und zahle nur den halben Preis. Bescheinigung liegt bei.
- ☐ Ich lege Post/Bankscheck bei über DM
- ☐ Ich habe den Betrag von DM an den Verlag überwiesen
- ☐ Ich bitte um Vorausrechnung

Name Vorname
Straße
PLZ/Ort

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290
(Bankleitzahl 44050199) Postcheckkonto Dortmund 79600-461

Drei Millionen Mark — so lauten von der Deutschen Bank nicht dementierte Berichte — soll Brois Becker dafür erhalten, daß er sich als Werbeträger dem Geldinstitut zur Verfügung stellt.

Der nebenstehende Brief kursiert unter den Angestellten der Deutschen Bank. Obwohl es nicht sicher ist, ob Becker ihn wirklich erhalten hat, drucken wir ihn ab, weil dieser Text einer der wenigen bemerkenswerten ist, die über und um Boris Becker herum geschrieben wurden.

PS: Die Sendezeiten der Davis-Pokal-Übertragungen am Wochenende bitten wir der Tagespresse zu entnehmen ...



Lieber Boris Becker!

Wir sind ja jetzt Kollegen geworden. Wie wir erfahren, hat Dich die Deutsche Bank unter Vertrag genommen. Allerdings in einer Gehaltsgruppe, von der wir nur träumen können. Drei Millionen DM bist Du ihnen wert. Das können wir in unserem ganzen Arbeitsleben nicht verdienen!

Die Deutsche Bank hat in ihrem Brief an Dich Deinen Leistungswillen sehr gelobt. Durch unseren täglichen Leistungswillen macht die Deutsche Bank Jahr für Jahr riesige Gewinne. Daher kommen die drei Millionen für Dich. Und die Jahresgehälter von über einer Million für die Vorstandsmitglieder, zum Beispiel Herr Dr. Eckart van Hooven, der Dir geschrieben hat.

Durch Rationalisierung und neue Technik wird unsere Leistung immer höher geschraubt. Viele von uns haben Angst um ihren Arbeitsplatz. Wenn wir für unsere Leistung mehr Geld und soziale Absicherung verlangen, stellt sich der Vorstand seltsam taub. „Kein Geld“, heißt es dann. Alles, was wir erreicht haben, haben wir selbst durchgesetzt, mit Streiks und Aktionen, gemeinsam mit unserer Gewerkschaft. Unser Leistungswille allein imponiert der Deutschen Bank überhaupt nicht.

Das wollten wir Dir noch gern mitteilen, bevor Du Dich mit unseren Chefs zum Essen triffst, zu dem sie Dich eingeladen haben. Mit kollegialen Grüßen Die Beschäftigten der Deutschen Bank

Milchseen, Getreide- und Fleischberge sind klein gegen den berühmten Butterberg der Europäischen Gemeinschaft. 1200000 Ton-

so wurde sie dieses Jahr kurzerhand abgesagt. Ist nichts mit Weihnachtsbutter. Aber dafür haben die Experten der EG ein tolles

fekt, daß das Fleisch der Tiere qualitativ besser werde. Das einzige Problem dabei: der Preis der Butter müßte natürlich zu Lasten

wird jetzt sozusagen ein „natürlicher Kreislauf“ ein geführt. Die Kälber fressen die Produkte der Kühe, die Butter. Subventionierte

Butter bei die ...?: Kälber!

nen Butter sind in der EG eingelagert. In den letzten Jahren gab es nun öfter mal die sogenannten Weihnachtsbutter-Aktionen.

Teilungen aus den Lagern wurden verbilligt ausgegeben. Nun wollten die EG-Experten diese Art von Aktionen auch nicht „über-treiben“, weil die Lagerung ja nur dazu dient, die Preise hochzuhalten. Sie erfan-den dann die „Milchquotenregelung“, die den kleinen Milchbauern einfach die Milchproduktion erschweren und damit den Butterberg reduzieren sollte. Der Berg aber wuchs weiter. Und mittlerweile sind die Lagerhaltungskosten für Butter auf täglich 2700000 DM angestiegen.

Die „Weihnachtsbutter“-Aktion würde nach Berechnungen des EG-Agrarkommissars Frans Andriessen mindestens 700 Millionen Mark kosten. Al-



Rezept zum Abbau des Butterberges ausgetüftelt. Die EG-Kommission will Kälber(!) der Gemeinschaft mit 150000 Tonnen Lagerbutter füttern. Stolz verkündeten die EG-Experten, dieses Mittel zum Abbau des Butterberges hätte den angenehmen Nebenef-

der Brüsseler EG-Kasse auf das Niveau pflanzlicher Fette wie etwa Soja „hinuntergeschleust“ werden.

Nun —, nachdem also die Milchquotenregelung dazu geführt hat, daß die Butterlagerbestände nach Angaben aus Brüssel so hoch wie eh und je sind,

Butter natürlich, denn sicherlich könnte man Kälber mit Billigerem füttern als dem Produkt von Kühen, die extra darum gefüttert werden, damit sie viel Milch geben.

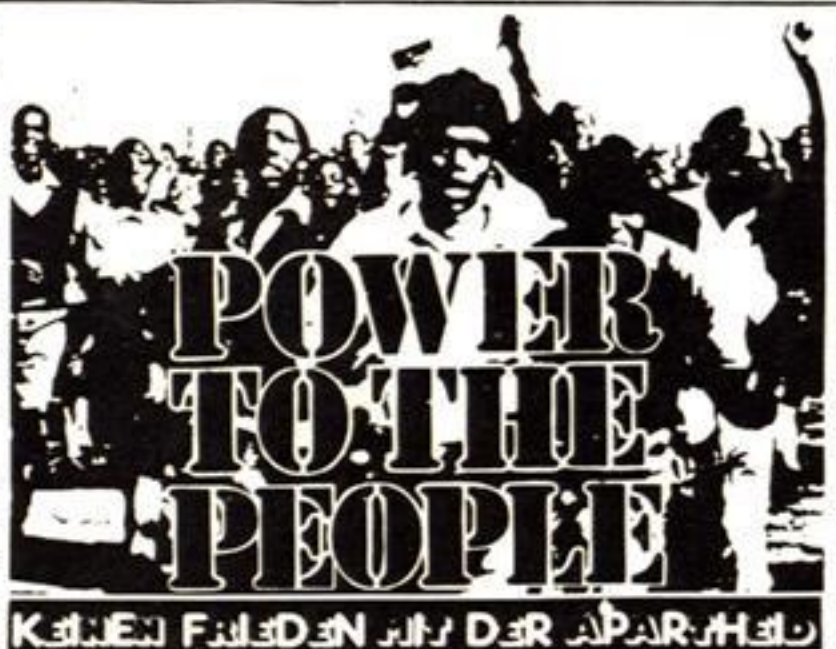
Aber vielleicht geht's dem Butterberg irgendwann so, wie dem Rindfleischberg der EG. Der verfaut demnächst. In der Sprache des EG-Agrarkommissars heißt das, daß von 785000 Tonnen „gehorteten“ Rindfleisch fast die Hälfte älter als ein Jahr sei. Da trete demnächst das Problem der Haltbarkeit auf. Hoffentlich stinkt's dann nicht zu sehr. Die jetzige EG-Agrarpolitik stinkt ja schon zum Himmel. Oder will man es so machen, wie im Falle Indien und Pakistan? Da steht die EG in Verhandlung über den Verkauf von rund 100000 Tonnen ranziger Butter!

die Pflicht sein muß für jeden, der voll dabei sein will, wenn es um die Kritik der Apartheidspolitik und ihrer westdeutschen Sympathisanten geht. Die Materialsammlung kann zum Aktions- und Solidaritätspreis von nur 5,— DM (plus 2,— DM für Porto, bitte den Betrag in Briefmarken der Bestellung beilegen) bestellt werden beim:

RM-Verlag
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

Reader Südafrika

Die Redaktion des Jugendmagazins „Roter Rebell“ bietet jetzt eine dicke aktuelle und informative Materialsammlung zum Thema Südafrika an. Unter dem Titel **Power to the people — Keinen Frieden mit der Apartheid** sind auf 56 DIN-A4-Seiten aktuelle Zeitungsartikel, historische und wirtschaftliche Hintergrundmaterialien, Interviews und Stellungnahmen abgedruckt. Eine Lektüre.



Was revolutionär-sozialistische Politik heutzutage alles braucht:

- engagierte Genossinnen und Genossen
- ein revolutionäres (und zutreffendes) Programm
- eine weitblickende Strategie
- eine ausgebuffte Taktik
- eine solide Betriebsverankerung
- eine starke Organisation
- politische Einheit
- etwas mehr kämpferische Solidarität
- keine Fraktionisten

und (unglücklicherweise) auch: viel echtes Geld!

Spendet auf die Konten der KPD:

Stadtparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Kto.-Nr. 321004547 Postgiroamt Dortmund, Kto.-Nr. 6420-467

Spenden für die KPD könnt ihr von der Lohnsteuer absetzen:

Seit 1984 gelten neue Richtlinien über die Abzugsfähigkeit von ... tragen und Spenden an politische Parteien. Was ist geändert? 1. Das Finanzamt erstattet euch von euren Beiträgen und Spenden bis zu einer Höhe von 1200,— DM (Ledige) und 2400,— DM (Verheiratete) 50 Prozent beim Lohnsteuerjahresausgleich bzw. bei der Einkommensteuererklärung. Wie gesagt, ihr bekommt 50 Prozent eurer Spenden wieder! 2. Oder mehr. Wenn ihr mehr als 1200,— DM bzw. 2400,— DM gezahlt habt, so könnt ihr den Differenzbetrag zu 1200,— DM bzw. 2400,— DM noch einmal von eurem zu versteuernden Einkommen absetzen. Dies wirkt sich in echtem Geld so aus, daß ihr je nach Höhe eures Einkommens zwischen 10 und 35 Prozent der Spenden bzw. Beiträge vom Finanzamt ersetzt bekommt.

Das Kommando „Satan For Bresident“ hat zugeschlagen

Da kam unser Nachruf auf Axel César Springer im letzten RM wohl doch zu früh. Denn die unten abgedruckte, der Westberliner „tageszeitung“ zugegangene Kommando-erklärung besagt, daß ein Kommando „SFB“ Springer „definitiv“ entführt hat.

Da kann man logischerweise nur schlußfolgern, daß die Beerdigung des Zeitungszaren in der vergangenen Woche mit viel prominentem Besuch eine Show-Veranstaltung war, um die Täter vom Kommando und ihr Sympathisantenumfeld zu verunsichern



Hiermit erklären wir uns zur definitiven Entführung am 22.9.85 von Axel César Springer. Wir hoffen, dadurch vermehren wir uns zur definitiven Entführung immer noch wir sind und wir uns den Teufel drum achern, wieviel Knete und Einfluß jemand hat. Diese Versuche, im durch den Blitz beim Scheitern abzurufen, wurden wieder verworfen, um ihn relativ unversehrt in unsere Hände zu kriegen. Wir versprechen (hochteufelisch und beim Bette unserer Großmutter) ihn nach Leibeskraften zu schikanieren, zu piepsacken und zu traktieren und verkären lebendlich:

Wir kriegen euch alle, ihr Scheißerchen!



Kommando Satan For Bresident

aus dem Reich der Kampfgruppen, Roten Armee, Diktator, Staatsanwälte, Abführergrund

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefienstr. 110

4600 Dortmund (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeiten zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 Kiel 1, KPD, Rendsburger Landstr. 9, Tel.: (0431) 642110, geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 899382

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Hauptmannstr. 107, Tel.: (0711) 2624388, geöffnet Mo u. Fr, 18.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

KPD Saar: 6685 Heiligenwald, Kontaktadresse: E. Bittner, Waldwiesstr. 13

Sektion Westberlin: 1000 Berlin 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474